

STICHER

14. JAHRG.
4/96
DEZEMBER
1996



BAYER-MENSCHENVERSUCHE IM KZ
BAYER-GIFTMÜLL & DAS GESETZ
BAYER-REPRESSION IN BRASILIEN

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

Entschuldigung!

In STICHWORT BAYER (SWB) 3/96 berichteten wir über die Katastrophe von Seveso. Die verwendeten Fotos und Abbildungen haben wir ohne Nennung der Quelle aus der Zeitschrift des ökologischen Ärztebundes "Arzt und Umwelt" übernommen. Dafür möchten wir uns ganz herzlich entschuldigen.

Für Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit. Helfen Sie mit.

Noch immer findet STICHWORT BAYER nicht ausreichend Verbreitung. Deshalb bieten wir allen AbonnentInnen und Mitgliedern die Möglichkeit, zusätzliche Hefte für DM 2,- pro Stück für die Weitergabe an Freunde & Bekannte zu kaufen. Hinzu kommt noch Porto: DM 2,- bis 2 Hefte, DM 5,- ab 3 Hefte.

COUPON

Ja, ich bestelle zur regelmäßigen Lieferung (4x/Jahr) zusätzlich zu meinem Abo- bzw. meiner Mitgliedschaft

// 2 Expl. STICHWORT BAYER für DM 4,- zzgl. DM 2,- Porto

// 5 Expl. STICHWORT BAYER für DM 10,- zzgl. DM 5,- Porto

// 10 Expl. STICHWORT BAYER für DM 20,- zzgl. DM 5,- Porto

Name

Vorname

Straße

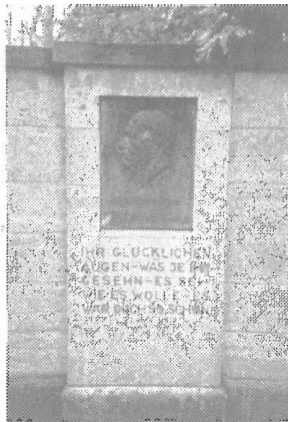
Ort

Tel.

Diese Konditionen gelten nur in Verbindung mit einem regulären Grundabo. Falls dies (oder eine Mitgliedschaft) noch nicht besteht, wird hiermit ein Abo zu Normalbedingungen (siehe Impressum) mitbestellt.

CBG, PF 15 04 18, 40081 Düsseldorf

STICHWORT BAYER 4/96 INHALT



Es war doch so schön?

(pm/ho) Ein Lehrstück in Sachen Vergangenheitsbewältigung ist die Grabinschrift des ehemaligen BAYER-Generaldirektors Carl Duisberg (1861 - 1935). Statt des Militaristen und Nationalisten Duisberg mit einem Mahnmal zu gedenken, steht direkt hinter dem BAYER-Casino in Leverkusen die pompöse Gruft des IG FARBEN-Begründers mit dem zynischen Spruch: "Ihr glücklichen Augen - was je ihr gesehn - es sei, wie es wolle - es war doch so schön." Schön, die Giftgastoten des ersten Weltkrieges (die Kampfgasforschung war von Duisberg persönlich forciert worden)? Schön, die Anilinkrebstoten in den Farbenwerken? Schön, der Einsatz von Zwangsarbeitern, deren Verschleppung Duisberg gefordert und durchgesetzt hatte? Schön, auch Duisbergs Huldigungen an Adolf Hitler? ("Das deutsche Volk ruft nach einem Führer. Kommt nun ein Mann, der bewiesen hat, daß er keine Hemmungen hat, so muß diesem Mann unbedingt Folge geleistet werden.")

IG FARBEN

Hauptversammlung blockiert - Doch: Noch immer keine Entschädigung

SEITE 4

IG FARBEN

Menschenversuche Die tödlichen Experimente von BAYER & Co

SEITE 5

SCHLAGLICHTER

AKTION & KRITIK, S. 10
KAPITAL & ARBEIT, S. 11
POLITIK & EINFLUSS, S. 13
IG FARBEN & HEUTE, S. 14
PROPAGANDA & MEDIEN, S. 15
DRUGS & PILLS, S. 15
TIERE & VERSUCHE, S. 16
PLASTE & ELASTE, S. 17
PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE, S. 17
HOLZ & GIFTE, S. 17
UMWELT & SCHMUTZ, S. 18
STANDORTE & PRODUKTION, S. 19
IMPERIUM & WELTMARKT, S. 19
ÖKONOMIE & PROFIT, S. 21
WISSENSCHAFT & FORSCHUNG, S. 21
UNFÄLLE & KATASTROPHEN, S. 21
SPORT & MEDAILLEN, S. 21

SEITE 10

GIFTMÜLL

... wie bei einer Tankstelle BAYER, die Dhünnau & das Gesetz

SEITE 22

BRASILIEN

Wir stehen unter großem Druck

SEITE 26

PROPAGANDA

Tag des offenen Zeltes - Chemie im Dialüg

SEITE 28

STICHWORT BAYER 4/96 IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 14. Jahrgang Postvertriebsstück F 10848 Hg.: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.) Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze bei BAYER - weltweit. Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Je ein Exemplar von STICHWORT... wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in STICHWORT... behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

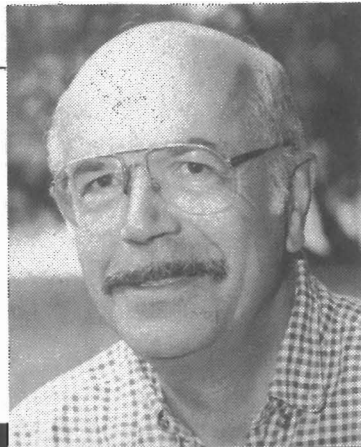
Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Mitarbeit: Phillip Mimkes (pm), Axel Kähler-Schnura (aks), Uwe Friedrich, Melanie Willms, Burkhard Luner e-mail: Co gegen Bayer@Nadeshda.gundel
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), Postfach 1504 18,

40081 Düsseldorf. Wir bitten um Zusendg von LeserInnen-, Protest- und Bestellbriefe. Geschäftsstelle: Fon: (0211) 3339 11, Fax: (0211) 333940 Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100, Postgiroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ 360 100 43 Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG Druck: Tiamat, Düsseldorf Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.1994 (1/1 S. sw DM 1.000,-, 1/2 S. DM 600,-, 1/3 S. = 1 Spalte DM 350,- zzgl. MWSt.) STICHWORT... erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr. Abopreise: * Einzelabo (wird nur an Privatadressen geliefert, nur für Einzelpersonen möglich) DM 48,- (auf Antrag Ermäßig. auf DM 30,- mögl.) * Für Archive, Vereine, Firmen, Institutionen etc. DM 100,- (für Projekte ohne Geld Ermäßigung möglich) * Gruppenabo (5 Hefte je Ausg. für den Vorstand/die Mitglieder) DM 130,- * Ausland: Einzelpersonenabo DM 75,-, Archive, Vereine, Institutionen etc. DM 150,-, Gruppenabo (5 Hefte je Ausgabe) DM 200,- * Soli-Abo: Hier kann der Betrag über den regulären Betrag freiwillig erhöht werden. (Damit ermöglichen wir Abos für Knäste und Bedürftige.)

* Feiverkaufsabo: Nur zusätzlich zu einem regulären Grundabo möglich, DM 2,- je Heft je Ausgabe (Bitte angeben, wieviele Hefte regelmäßige Ausgabe geliefert werden sollen.) * Austausch-Abo mit anderen Zeitungen möglich und erwünscht * Für Mitglieder und Förderer der CBG ist das Abo eines Heftes (bei Einzelpersonen) bzw. von 5 Heften (bei Gruppen) im Mitgliedsbeitrag enthalten. * Der Bezug von Einzelheften wird mit DM 5,- je Heft zzgl. DM 5,- für Porto/Verp. berechnet. Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT... ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotographien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT... ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen. Zur Aufnahme in den portosparenden Postzeitungsdienst hat die Post AG verfügt, dass Firmennamen BAYER aus dem Titel dieser Zeitschrift zu streichen. STICHWORT... ist hervor- gegangen aus STICHWORT BAYER.

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

die im Bundestag durchgepeitschten Beschleunigungsgesetze bedeuten einen umweltpolitischen Rückschlag in vor-demokratische Zeiten! Durch den genehmigungslosen vorzeitigen Baubeginn von Industrieanlagen und durch die verminderte Bürgerbeteiligung werden Umweltstandards direkt abgebaut. Ab sofort bestimmen die Antragsteller die Genehmigungstatbestände und müssen dabei nicht einmal den aktuellen Stand der Technik einhalten. Weder unmittelbar Betroffene noch die Umweltverbände haben die Möglichkeit, Bedenken oder gar Einsprüche dagegen zu äußern. Der Bundestag hat sich damit zum Handlanger für einen Immissionschutz nicht nach Gesetzeslage, sondern nach den jeweiligen Wünschen der Industrie gemacht. Denn welche Genehmigungsbehörde wird es künftig wagen, vorzeitig errichteten Anlagen eine Genehmigung zu versagen, zumal wenn Arbeitsplätze dabei zur Disposition stehen? Dadurch besteht eine akute Gefahr der Absenkung des Standards des materiellen Umweltrechts!



Prof. Dr. Jürgen Rochlitz ist Chemiker und für die Grünen im Bundestag. Als stellv. Vorsitzender des Unterausschusses hat er mehrfach im Bundestag zu dem Thema "Beschleunigte Genehmigungsverfahren" gesprochen. Prof. Rochlitz ist Mitbegründer der Alternativen BASF-Aktionäre.

Und schlimmer noch: gleichzeitig wird den Umweltverbänden und Bürgern signalisiert: wir brauchen und wollen euch nicht im Genehmigungsverfahren; wir machen die Politik ohne euch. Dies ist ein verhängnisvolles Signal!

Bezeichnend ist auch, daß Emissionserklärungen künftig lediglich alle vier Jahre zu erstellen sind. Damit werden die Bürger nicht nur entmündigt, sondern sie müssen sich - mit Verlaub - regelrecht verarscht vorkommen; denn eigentlich hätten sie ein Recht auf Mitteilung der jeweils aktuellen Emissionssituation. Schließlich geht es um ihre Luft, die belastet wird! Aber auch der Bundestag hat sich

zum Schutzpatron von BASF, BAYER und Co machen lassen, denen daran gelegen ist, daß ihre überhöhten Emissionen möglichst lange nicht bekannt werden.

Wir dürfen nicht weiter solche Signale an Umwelt- und Verbraucherverbände sowie die Gewerkschaften senden! Wir dürfen nicht an einem globalen Dumpingwettbewerb um Sozial- und Umweltstandards teilnehmen! Diese Art der Aufkündigung eines gesellschaftlichen Konsenses wird nicht zu einer Verbesserung der Standortqualität führen. Arbeitsplätze und Standortqualität werden sich nur nachhaltig sichern lassen, wenn Bürgerrechte und Umweltstandards optimiert und nicht abgebaut werden! Und um bei BASF und BAYER zu bleiben: wir brauchen eine Chemiepolitik, die nicht mehr Massenproduktion und Massenkonsum anvisiert, sondern die auf eine umfassende Verbesserung unserer industriell geprägten Lebenswelt abzielt.

Nachtrag der COORDINATION: Wir hatten im Juli im Bundestag unseren Protest gegen die "Beschleunigungsgesetze" eingereicht. Ende Oktober, nachdem die Gesetze längst inkraft getreten waren, erhielten wir die lächerliche Zwischenantwort: "Die aufgrund Ihrer Eingabe eingeleitete Prüfung dauert noch an."

BAYER.

IG FARBEN-Hauptversammlung blockiert

Doch: Immer noch keine Entschädigung für Zwangsarbeiter

Mehr als 200 DemonstrantInnen aus allen Teilen Deutschlands, darunter die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG), blockierten die diesjährige Hauptversammlung der obskuren Liquidationsgesellschaft IG FARBEN IN ABWICKLUNG und protestierten gegen die andauernde Geschäftemacherei dieses Reliktes der Nazizeit. Denn auch 41 Jahre nach der Gründung stand die seit Jahrzehnten fällige Selbstauflösung der AG und die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht auf der Tagesordnung. Wieder waren mehrere Überlebende des IG FARBEN Lagers Auschwitz-Monowitz angereist - zum Teil aus dem Ausland - und so standen die Proteste unter dem Motto "Nie mehr Auschwitz - Nie mehr IG FARBEN". Wieder protestierte die CBG dagegen, daß sich die FARBEN-Nachfolgefirma BAYER, HOECHST und BASF für historische Verantwortung beharrlich entziehen. BAYER-Chef Dr. Manfred Schneider auf der letzten Konzernhauptversammlung: Es habe abschließende Regelungen gegeben.



Philipp Mimkes, Geschäftsführer der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bei seiner Rede gegen die IG FARBEN umringt vom ruppigen sog. Sicherheitsdienst, der im Fall des kritischen Großaktionärs Henry Nold nicht davor zurückschreckt ist, körperliche Gewalt anzuwenden. Henry Nold wurde unter Protest aus dem Saal getragen.

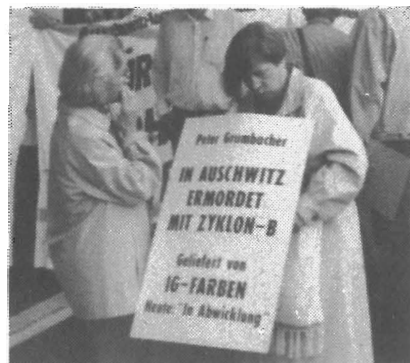
Durch die vielen Vorbereitungs-treffen offenbar alarmiert, war die Polizei deutlich stärker präsent als gewohnt, auch die Gangart hatte sich verschärft: Während die Ordnungshüter in den Vorjahren noch zuvorkommend waren, wurden die DemonstrantInnen dieses Mal ruppig beiseitegestoßen. Teile des

Geländes waren ganz abgesperrt worden. Trotzdem gelang es den Protestierenden, den Haupteingang des Hotel Steigenberger (das der IG FARBEN trotz Protesten seit Jahren Räume zur Verfügung stellt) komplett abzuziegeln, so daß die AktionärInnen durch Seiteneingänge und teilweise durch die Küche hereingeführt werden mußten.

Der Verlauf der Hauptversammlung, die mit ca 200 AktionärInnen sehr schlecht besucht war, war wie in den Vorjahren kurios und dilettantisch organisiert. Nachdem sich 1995 das Aufsichtsratsmitglied Günter Krause nicht hatte entlasten lassen und die AG das gesamte Jahr ohne einen vollständig gewählten Aufsichtsrat agiert hatte, teilten die Liquidatoren gleich zu Beginn der Veranstaltung mit, daß sie ihren neuen Kandidaten für den Aufsichtsrat zurückzögen und im übrigen in den nächsten Wochen ihr Amt zur Verfügung stellen würden. Hintergrund: Im Verlauf des Jahres war ein Großteil der Gesellschaft zweimal verkauft worden. Der neue Großaktionär, Günter Minninger aus Köln, Insider bekannt als ehemaliger Vorstand der in Konkurs gegangenen Immobilienfirma Concordia, hatte sich vor der HV noch nicht zu Gesprächen mit der Geschäftsführung der IG FARBEN bequemt, so daß diese über den weiteren Kurs nicht im Bilde war. Einzig einen Kandidaten für den Aufsichtsrat hatte Minninger vorgeschickt, der zwar über künftige Pläne nichts verlautbaren ließ, aber trotzdem sogleich demütig gewählt wurde.

Die zahlreichen Rednerinnen und Redner der Opposition hatten für den Aufsichtsrat eigene Kandidaten vorgeschlagen: Peter Gingold, Bundessprecher der VVN und Axel Köhler-Schnura, Vorstandsmitglied der CBG. Auch an die Regie der Verantwortlichen wollten sich die Kritiker nicht halten, mehrere Redner blockierten aus Protest gegen die ausstehende Selbstauflösung das Mikrofon und wurden vom Saaldienst abgeführt. Der Großaktionär Henry Nold, der den Oppositionsgruppen schon bei BAYER, THYSSEN und RWE große Stimm-

pakete übertragen hatte, mußte sogar aus dem Raum getragen werden. Kurt Goldstein vom Internationalen Auschwitz-Komitee stellte klar: "Dieses Unternehmen war wie kein anderes mit dem verbrecherischen Nazi-Regime verzahnt". Und Rudy Kennedy, zwei Jahre lang IG FARBEN-Zwangsarbeiterin Auschwitz und eigens aus London angereist, wollte wissen, "warum diese Gesellschaft überhaupt noch existiert. Die offenen Rechnungen bei uns Zwangsarbeitern müssen sofort beglichen werden."



Zwei Wochen nach der HV wurde die Verfassungsbeschwerde der IG FARBEN gegen die nichterfolgte Rückgabe ihres angeblichen Ostvermögens endgültig abgelehnt (die Gesellschaft wollte insgesamt 150 Mio Quadratmeter Land zurück-erhalten!). Der IG FARBEN bleiben somit nur noch ein Prozess wegen einiger kleinerer Grundstücke in Ostberlin, einen Boom wird die AG nicht mehr erleben - sicherlich auch ein Erfolg der Personen und Organisationen, die das Thema seit über zehn Jahren in die Medien und das öffentliche Bewußtsein gebracht haben! Philipp Mimkes



Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert: * Auflösung der IG FARBEN i. A. * Entschädigung der Opfer * Keine BAYER-Pensionen an IG FARBEN-Täter und deren Hinterbliebene * Öffnung der Konzernarchive

Menschenversuche

Bayer finanzierte Folter in KZ

Vor 50 Jahren, am 27. Oktober 1946, begann in Nürnberg der Prozeß gegen Folterärzte des Naziregimes. Das Verfahren wurde nur halbherzig geführt, denn die Alliierten, allen voran die Amerikaner, hatten größtes Interesse an den Forschungsergebnissen der Hitler-Mediziner. So erklärt sich, daß die meisten der grausamen Halbgötter in SS-Uniform auch nach dem Krieg in der Bundesrepublik Deutschland oder den Vereinigten Staaten höchste Ämter bekleideten. Und auch die Hintermänner wurden für die entsetzlichen Leiden, die im Namen der Wissenschaft unzähligen Menschen angetan wurden, nicht zur Rechenschaft gezogen. Die IG Farben und insbesondere der Bayer-Konzern konnten ungestraft den gefürchteten Auschwitz-Arzt Josef Mengele finanzieren und ZYKLON B aus Uerdingen liefern. Der Bayer-Forscher Prof. Gerhard Domagk, später für die Entdeckung der Sulfonamide mit dem Medizin-Nobelpreis geehrt, führte im Auftrag der SS Menschenversuche zur bakteriellen Kriegsführung durch. Bei Piper ist nun ein beachtenswertes, detailreiches und engagiertes Buch erschienen, das sich diesem wohl traurigsten Kapitel der deutschen Geschichte widmet*. Der Autor, Peter Ferdinand Koch, entlarvt die Menschen-schinder und ihre Auftraggeber. Hubert Ostendorf hat das brisante Buch gelesen und eine kleine Textauswahl (kursiv) zusammengestellt.

Schon im 19. Jahrhundert pervertierte die medizinische Wissenschaft durch den Blutdurst der Vivisektoren. Der 1896 von Prof. Dr. Paul Förster gegründete "Internationale Verein zur Bekämpfung der wissenschaftlichen Tierfolter" geißelte die verharmlosend "Versuche" genannten Quälereien an wehrlosen Kreaturen. "Mit liebevoller Hingabe haben Gelehrte das Martyrium der Tiere studiert", resümierte Förster entsetzt. Er berichtet von Demonstrationen an der ehrwürdigen Charité, bei denen Pferden die Hornhaut durchstochen, die Gefühlsnerven abgeklemmt, mit großen Zangen die Hornsohlen herausgebrochen, Sehnen durchtrennt und die fast ohnmächtigen Tiere auf ihre blutenden Fußstümpfe gestellt wurden. "Nun ging es von Verstümmelung zu Verstümmelung bis die Pferde weder Ohren, Schwanz noch Füße hatten", berichtet Förster weiter. Ähnlich brutale Schindereien sind auch heute noch an der Tagesordnung. An der Aachener Universität werden Hunden die Knochen gebrochen, in den Bayer-Labors müssen rasierte, festgeschnallte Meerschweinchen den Angriff großer Mückenschwärme ertragen.

Erst das Tier, dann der Mensch

Vom Tier- bis zum Menschenversuch ist es nur ein kleiner Schritt. "Es kann doch niemand so dumm sein, zu glauben, daß derselbe Experimentator, welcher vormittags Tieren die entsetzlichen Qualen verursacht, nachmittags seine Mitmenschen sorgfältig und mit einem

Aufgebot der Nächstenliebe behandelt", gibt Förster zu bedenken. So nimmt es nicht wunder, daß die Forderung nach Menschenversuchen, die, wie Koch nachweist, schon vor dem ersten Weltkrieg mit brutaler Härte an gesellschaftlich Minderprivilegierten durchgeführt wurden, immer unverhohlener ausgesprochen wurde. Der Neurologieprofessor Viktor von Weizsäcker, Onkel des späteren Bundespräsidenten, "philosophierte": "Wenn das ganze Volk in Lebensgefahr schwebt und durch Befähigung einzelner Individuen gerettet werden kann, dann müssen diese Individuen geopfert werden."

Ärzte drängen in NSDAP

Nach der Machtübertragung an die Nazis drängten gleich tausende Heilkundige in die NSDAP. Denn wie Adolf Hitler hatten auch viele deutsche Ärzte jedwede Moral abgelegt, Skrupel ausradiert, menschliches Gefühl gestrichen, es einmalig in der Geschichte des Arztes tatsächlich geschafft, den Menschen zu quälen, ohne anschließend zu vergessen, das Weihnachtslied zu singen, ohne den Kirchenbesuch aufzugeben oder sich auf einer Beerdigung der Tränen zuschämen. Zu was sich deutsche Ärzte in der Ära des Dritten Reiches hatten hinreißen lassen, spottet jeder Beschreibung. Dabei entwickelten sie ein Vokabular, dessen Zynismus nicht zu überbieten war. ... Er war sichtbar verkommen, der deutsche Arztstand: Scharlatane spülte das Dritte Reich an die Oberfläche, Mediziner ohne Rückgrat, aber mit einem him-

verbrannten Rassenwahn im Hinterkopf stiegen auf. Der Arzt ein mitfühlender Fürsorger? Kein Gedanke. Heilkünstler konzentriert sich nicht mehr auf die Gesundheit, sondern ihre einst helfenden Hände verwandelten sich dank des NS-Regimes in brutale Mordwerkzeuge. Ob Krankenhaus oder Irrenanstalt, ob Arztpraxis oder Forschungsinstitut - Akademiker schlüpfen in die Rolle des Dr. Jekyll und Mr. Hyde. Mehr und mehr rutschte der kranke Mensch ab zum Versuchskaninchen, der gesunde sollte folgen. In wessen Adern kein nationalsozialistisches Blut floß, der war besonders gefährdet, vom Tod bedroht.

Versuche mit Lost

So auch "30 (junge und kräftige) Internierte" des KZ Natzweiler, an denen Prof. Dr. August Hirt grausame Versuche mit dem Bayer-Kampfstoff Lost durchführte. "Eines Tages kam ein Universitätsprofessor aus Straßburg an", gab ein ehemaliger Häftling zu Protokoll, und spritzte "in die Handflächen und auf die Innenseiten des Vorderarmes". Anschließend wurden die Opfer auf eine Holzpritsche gelegt. Nach Stunden begannen sie zu schreien. Über den ganzen Körper wucherten Verbrennungen. Die Lunge marterte. Die Augen stachen. Sie "brüllten wie Tiere", zeichnete ein Sanitäter später auf: "Die Autopsie ergab ... Zurückgang des Gehirns, die Lungen voll Eiter und zerfressen, die Leber ebenso. Die übrigen waren halbblind." ... Ein Zeuge erinnert sich, daß es kaum noch auszuhalten gewesen sei, die Experimente zu verfolgen: Die Op-

fer litten kolossale Schmerzen und verendeten unter den entsetzlichen Qualen. Erbarmungslos auch quälte ein gewisser Dr. Jochen Haase, vormals im Reichsministerium des Innern Hygienisch-bakteriologischer Abteilungsleiter, der zu Zeiten der Reichswehr den Beirat für Kampfstoffforschung konstituierte. Ende 1944 faßte er im KZ Neuengamme in einer "Schonbaracke" 150 Häftlinge zusammen, denen er zwölf Tage lang mit Lewisit angereichertes Wasser zu trinken gab. Die Häftlinge überlebten. Jetzt wußte Haase: "Die Menge des ... aufgenommenen Arsens ist immer noch so erheblich, daß es unter Umständen ... doch Schädigungen hervorrufen kann." Die Häftlinge aber sollten sterben. Haase verabreichte nun statt Arsen Stickstofflos: "Mindestens 8 Häftlinge wird je eine Dosis der 8 wichtigsten Kampfstoffe gegeben, die so groß ist, daß sie wahrscheinlich im schädigenden Bereich liegt." Die Resultate blieben unbekannt.

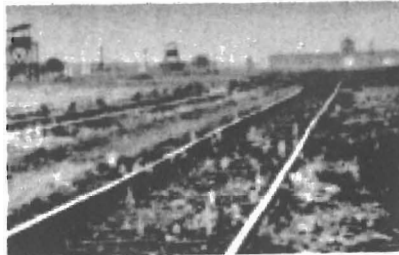
Schon 1937 pumpte der Staat knapp 2 Millionen RM in die "Chemisch-Technische Reichsanstalt" in Berlin, die zudem noch seit 1936 vom IG Farben-Trust gefördert wurde. Der Bayer-Konzern und seine Wissenschaftler waren maßgeblich an der Entwicklung der Kampfstoffe Lost, Tabun und Soman beteiligt. Noch das aktuelle Supergift der NATO, der VX-Kampfstoff, geht auf ein Bayer-Patent zurück. Die Förderung der todbringenden Wissenschaften erfolgte immer und ausdrücklich auf Betreiben der jeweiligen Vorstände.

Fritz ter Meer "veredelt" Zyklon B

Auch der IG Farben-Vorständler und spätere Bayer-Aufsichtsrat Fritz ter Meer, in Nürnberg als Kriegsverbrecher angeklagt, war maßgeblich in die Nazi-Verbrechen verstrickt. Noch nach dem Zusammenbruch des braunen Terrors ist er von seinen vorherigen Taten nicht abgerückt. 1953 gestand er ein, daß Adolf Hitler "neben dem militärischen auch die wirtschaftliche Aufrüstung für den Fall des Krieges sorgfältig vorbereitet" habe, darum hätte die "I.G. für (das) um seine Existenz ringende Land seine selbstverständliche Pflicht bis zum bitteren Ende getan". Noch lange nach dem Krieg hatte ter Meer behauptet,

"den Häftlingen", die als Zwangsarbeiter in Auschwitz für die IG Farben schuffen mußten, "wurde kein besonderes Leid zugefügt, da sie ohnehin getötet worden wären", eine an Menschenverachtung kaum mehr zu überbietende Aussage.

Fritz ter Meer war, wie Peter Ferdinand Koch nachweist, höchstpersönlich in den Handel mit dem Auschwitz-Gift Zyklon B, das Millionen Menschen in den Tod getrieben hat, involviert. Zwar war der Bayer-Mann nicht Patentinhaber (dies war die IG Farben-Tochter DEGESCH), aber er entwickelte den Todesstoff im Uerdinger Werk, das ihm bis 1925 mit gehörte, weiter. Ter Meer setzte dem schnell verderblichen Zyklon B einen Stabilisator bei und hoffte auf sprudelnde Gewinne.



Vor der "Markteinführung" wurden "Probevergasungen" an russischen Kriegsgefangenen durchgeführt, die die SS-Obersten angesichts der ungeheuerlichen Wirksamkeit von Zyklon B in Extase versetzten. Sie hatten sich von IG Farben-Wissenschaftlern die Giftigkeit im Vergleich zu anderen Gasen vorrechnen lassen und sahen diese Angaben durch die ersten Einsätze bestätigt.

An Menschenversuchen zeigten sich bei den IG Farben Schreibtischtäter bis hin zum Topmanagement interessiert. Ob die I.G. Farben-Manager Dr. Heinrich Bütetisch, Dr. Georg von Schnitzler, Dr. Otto Ambros, Dr. Fritz ter Meer oder Walter Dürrfeld - auf dem Auschwitzer Camp lachten sie alle beherzt mit Rudolf Höß (Kommandant von Auschwitz), scherzten anbiedernd mit dem Reichsführer-SS (Himmler). Diese sachverständigen Ehrenmänner trieben die Heuchelei zum Höhepunkt. Sie waren sich keiner Schuld bewußt, von der Ausrottung der Juden wollen sie ohnehin erst nach der entehrenden Kapitulation gehört haben.

Schaltzentrale für Menschenversuche in Leverkusen

Die Schaltzentrale für IG Farben-Menschenversuche wurde beim Bayer-Konzern eingerichtet. Die berüchtigte "Wissenschaftliche Abteilung" (WI) wurde von einem gewissen Wilhelm Mann kommandiert, der dem Zyklon B-Monopolisten Degesch anfangs als Geschäftsführer, dann als Vorsitzender des Verwaltungsrates zur Seite stand. Mann trug die Judenvernichtung ungerührt mit und erkannte die Menschenexperimente als beispiellosen Fortschritt. "Mit seinen bewährten Heilmitteln steht Bayer in der vordersten Front der Kämpfer gegen Krankheit und Schmerz", strahlte eine 1938 publizierte Broschüre, denn "kein Gebiet ist ... so voller Verantwortung". Seit dem Ersten Weltkrieg war er eigen dynamisch explodiert, der nicht mehr zu bremsende Forschungstrieb der Pharma-Industrie. Die Institute an den Universitäten stießen an ihre Kapazitätsgrenze, da diese dem gewaltigen "Ansturm nicht mehr gewachsen" gewesen seien, "der sich aus den Untersuchungen der vielen neuen chemischen Verbindungen der ... pharmazeutischen Industrie" ergeben hätten, begründete eine andere Bayer-Lektüre ein Jahr vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die endlich erreichte Autarkie. Allein aus diesem Grund habe Bayer eigene "wissenschaftliche Forschungsstätten" gründen müssen, "in denen aktuelle Fragen der Biologie, Chemotherapie, Pharmakologie und Serologie, der Vitamin- und Hormonforschung" behandelt werden könnten: "Hier gibt es keinen Stillstand, immer neue Erkenntnisse zwingen zu neuen Fragestellungen und Forschungen." So entstanden in Hoechst und Marburg zwei sero-bakteriologische Anlagen, in Marburg noch das verdeckte Institut für experimentelle Therapie "Emil von Behring", in Hoechst zusätzlich das selbst der Fachwelt entzogene Parasitologische Institut und in Elberfeld schließlich das abgeschottete Institut für experimentelle Pathologie. Ihre Universitäts-Vorbilder hatte Bayer längst eingeholt und überholt, auch den Ungeist, der von den Professoren seit Hitlers Machtantritt Besitz ergriffen hatte. In dem deutschen KZ-Staat wuchs Bayer für jeden KZ-Häftling zu einer Bedrohung heran.

Ohne Frage hatten sich Bayer-Tabletten Meriten erworben. Das Kopfschmerzmittel "Aspirin" war so ein sensationeller Fund. Die Syphilis konnte durch "Salvarsan" geheilt, die Schlafkrankheit mit "Germanin" ("Bayer 205") bekämpft, die Malaria mit "Atebrin" zum Rückzug gezwungen werden. Schließlich gelang Bayer die aufsehenerregende synthetische Herstellung einiger Hormone sowie Vitamine. Aber auf wessen Kosten?

Gelegentlich wurde die Wirksamkeit verschiedener Bayer-Pulver durch "angestellte Selbstversuche" von ihren Entdeckern auf die Nebenwirkungen hin überprüft. Doch anschließend (und spätestens dann) gingen diese Arzneien in die "klinische Erprobung", was nichts anderes bedeutete, als daß - gegen entsprechendes Honorar, versteht sich - in bevorzugten Irrenanstalten und ausgewählten Krankenhäusern das unausgereifte Material an den dort mit den entsprechenden Leiden infizierten Patienten getestet werden mußte. Erst der Versuch am Tier, dann der am Menschen.

Bei dem bereits bewährten Syphilis-"Salvarsan" schiene eine Inspektion nur über einen Massenverbrauch möglich: Kostenlos wurden 65.000 "Proben" an die reichsdeutschen Krankenbetten geschleust. Diese aufwendige Aktion schien notwendig, denn sie habe "eine Reihe von technischen Schwierigkeiten" zutage gefördert. Bayer gab die Zahl der Opfer nicht bekannt. Die Namen der am Stechtum Zugrundegegangenen sind für immer gelöscht. Das Dritte Reich garantierte Bayer, daß der I.G.-Farben-Ableger ohne Hemmungen hatte auftreten und agieren können. Wie sonst wird erklärbar, daß das Unternehmen in einer Selbstdarstellung den Versuch am Menschen offen zum Menschenversuch erklärte: "Für die richtige und volle Auswertung ist die genaue Beobachtung am Krankenbett von größter Bedeutung. Der Konnex mit unseren wissenschaftlichen Instituten wird viel zur Klärung der Befunde beitragen." Die "Gründlichkeit klinischer Prüfungen" hatte sich vor allem in der Tropenmedizin durchgesetzt: Da die menschliche Malaria ohnehin nicht auf Tiere zu übertra-

gen war, konnten sogleich "Versuche an natürlich infizierten Kranken" angestellt werden. Vorläufer des Heilmittels "Atebrin" führten Bayer-Ärzte - in diesem Fall - absichtsvoll in das Blut ahnungsloser afrikanischer Schwarzer. Die vom Bayer-Forscher Gerhard Domagk erfundenen Sulfonamide wurden getestet, indem Menschen mit Gasbrand infiziert und anschließend mit chemischen Antibiotika aus dem Hause Bayer behandelt wurden. Der Tod war inklusive. Der Leiter des Bayer-Instituts für experimentelle Pathologie und Bakteriologie impfte seinen Opfern auch Kulturen ein, die auf ihre Tauglichkeit als bakteriologische Kampfstoffe geprüft werden sollten. Auftraggeber: Prof. Dr. Joachim Mrugowsky, der Chef des Hygiene-Instituts der Waffen-SS.

Noch heute Handel mit Pest

Es wurden auch Versuche mit Pesterregern angestellt, an denen die Häftlinge qualvoll zugrunde gingen. Noch heute arbeitet die US-amerikanische Bayer-Tochter in Berkeley (Kalifornien) mit Pesterregern, die sie in großen Mengen an die Army liefert. Kritiker vermuten, daß die Pestkulturen nicht - wie behauptet - zur Impfung der Truppe, sondern zur potentiellen bakteriologischen Kriegsführung geordert werden.



Noch ein zweiter Hinweis belegt das Interesse des Leverkusener Chemiemultis an Pesterregern. Der BAYER-Konzern hatte 1994 Aufmerksamkeit erregt, als Angehörige von indischen BAYER-Angestellten nach Leverkusen ausgeflogen wurden und hier unter Kontaktsperre gestellt wurden. Eine Reporterin des WDR kam rüde mit dem Werkschutz in Berührung, als sie sich allzu neugierig einer der Inderinnen näherte.

Daß der Pest-Ausbruch in Indien im Jahr 1994 auf das Konto der gentechnischen Forschung geht, vermutet der indische Wissenschaftler N. P. Gubta, ehemals Direktor des Nationalen Virologischen Institut des indischen Stadt Puna. Gubta wies auf Forschungsergebnisse aus Colorado (USA) hin, wonach der indische Pesterreger ein Gen aufwies, das natürlicherweise in keinem bisher bekannten Pestbakterium vorkommt. Die Erklärung der US-Wissenschaftler - es handle sich um eine natürliche Weiterentwicklung - weist Gubta angesichts des kurzen Zeitraums, in dem das zusätzliche Gen sinnvoll hätte im Erbgut integriert werden müssen, zurück. "Die Evolution radiert Gene aus und fügt keine hinzu", sagte er. Nun erhärtet sich der Verdacht, daß die Ausgeflogenen zur eingehenden genetischen Untersuchung in die deutsche Zentrale verbracht worden sind. Und es stellt sich die Frage, in welchem Umfang, wie und wo BAYER nicht nur in den USA, sondern auch in Indien mit Pesterregern experimentiert.

Promovierte SS-Knochenbrecher

Der Grundstock für das heutige Bayer-Imperium wurde im "tausendjährigen Reich" gelegt. Die Blutspur reicht bis in die heutige Zeit. Ungeührt und ohne den Willen zu umfassender Entschädigung werden die Ansprüche von durch Faktor-VIII-Präparate AIDS-infizierte Bluter oder Holzgiftopfern von BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider öffentlich abgewehrt. Dies gilt auch für alle Forderungen nach Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter und der Hinterbliebenen der in KZ grausam zu Tode Experimentierten. Schon damals glich der Hohn Bayers für die menschlichen Versuchskaninchen dem eines promovierten SS-Knochenbrechers: Prüfer, Ärzte und Kliniker hätten selbstlos "die von uns hergestellten (Medikamenten-)Verbindungen auf ihren Wert hin untersucht und festgestellt, welche von den ... Präparaten den höchsten Heilwert zeigten". Nicht den von Bayer mit unsortierten Pillen vollgestopften Unglücksvögeln hatten gewissenlose Wissenschaftler gewürdigt, nein, ausschließlich "dank den Ärzten, die ihre vielen einzelnen Beobachtungen nicht für sich behielten, sondern uns über-

mittelten und so die Klärung vieler wichtiger Fragen ermöglichten und beschleunigten", und nochmals: "Dank denjenigen, die die neuen Arzneien einer Kritik unterzogen." Die Stadt Leverkusen, in der neben Bayer ein Teil der Behringwerke domizillierte, entpuppte sich zu einem bislang unerkannten Mittelpunkt medizinischer Versuche.

Wissenschaftliche Abteilung koordiniert Folter

Die "Wissenschaftliche Abteilung" von Bayer (Bayer WI) hatte sich während des Dritten Reiches zu einer in der Fachwelt anerkannten Institution gemauert. Die Bayer WI indes nutzte noch ein anderes Konzept gewinnbringend aus. Über von ihr unauffällig hochdotierte Wissenschaftler kamen ihr Forschungs-Experten aus Universitäten ins Haus, die von ihr nicht in Auftrag gegeben wurden. Das einzigartige System der Korruption funktionierte prächtig. Diese gängige Methode hatte der Bayer-WI-Prinzipal Wilhelm Mann* perfekt ausgebaut. Ein Medizin-Sumpf, der in dieser Größenordnung selbst in der Bundesrepublik von niemandem mehr erreicht werden sollte. Die Bayer WI liierte sich abgeschlossen mit den fünf abschreckendsten Menschen-Labors des NS-Staates: Mit dem Institut für Fleckfieberforschung beim Oberkommando der Wehrmacht in Krakau, dem Hygiene-Institut der Waffen-SS, mit dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt, mit dem Robert-Koch-Institut ("Reichsanstalt zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten"), mit der Militärärztlichen Akademie in Berlin. Die Bayer WI hatte lediglich ein Ziel: durch die Erlangung der Urheberrechte für die zukünftigen Medikamente ihre Monopolstellung auszubauen. Dies aber war nur über den menschlichen Leichnam möglich. Sind derartige Test-Ergebnisse etwa in Nachkriegs-Heilmitteln der Bayer AG hineingeflossen?

Viele Menschenversuche wurden direkt und unmittelbar auf Anforderung von IG-FARBEN-Managern vorgenommen. ** Ein Dr. Lücker von Bayer schrieb an den Kollegen Vetter des Konzentrationslagers Dachau: „Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie bei der Behandlung der Pneumonie einen Vergleichsversuch zwischen SULFAPYRIDIN

Bayer und ELEUDRON (CIBA GEIGY) anstellen wollten.“ Als geeignete Versuchsobjekte sah Dr. Lücker Menschen an, die an einer Lungenentzündung litten. Der Wirkstoff wurde als Zäpfchen verabreicht, obwohl bekannt war, das die Resorption minimal war. Auf diese Weise wurde der Tod der „Versuchsobjekte“ bewußt in Kauf genommen.

Im August 1942 war Dr. Vetter aus dem KZ Dachau nach Auschwitz versetzt worden. Als Mitarbeiter der Firma Bayer erhielt er eine Genehmigung für Experimente mit einem Mittel, das die Bezeichnung B 1034 trug und gegen Fleckfieber eingesetzt wurde. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt waren Experimente mit B 1034 gemacht worden, doch wurden diese wegen der Unwirksamkeit des Mittels aufgegeben. Dennoch bemühte sich Vetter beim persönlichen Büro im Stabe des Reichsarztes-SS, SS-Obersturmführer Poppendick, um eine neue Genehmigung der Versuche, die zur Jahreswende 1942/43 im KZ Auschwitz begannen. Das Mittel wurde 50 Fleckfieberkranken verabreicht, es zeigte keine Wirkung.

Eine weitere Versuchsreihe wurde mit dem Bayer-Präparat B 3582 durchgeführt. Das Robert-Koch-Institut in Berlin stellte zuvor einigen Chargen Fleckfiebererreger zur Verfügung, mit denen am 26. 1. 1943 19 männliche Personen infiziert wurden. Später wurden weitere 50 Menschen infiziert. Am dritten Fiebertag begann die Behandlung mit B 3582, 3-6 Tabletten à 0,26 g täglich. Das Mittel schmeckte äußerst bitter und verursachte langanhaltendes Zungenbrennen. 78% der Kranken erbrachen so heftig, daß sie dadurch stark geschwächt wurden. „Um dies zu vermeiden, wurde das Präparat den Kranken als Clysmazugeführt. Jedoch auch diese Art der Verabreichung wurde aufgegeben, da sich heftige und äußerst schmerzhaftes Diarrhoe einstellen, die zu einem Stuhlgang von oft 15mal täglich führten“, heißt es in einem Bericht des behandelnden KZ-Arzt's. Während des Versuchs starben 30% der mit B 3582 behandelten Kranken, 22% starben nach Ende der „Kur“, 8% während ihrer Dauer. Fernerkamen die nicht mehr zu verifizierenden Bayer-Produkte "B-1012", "B-1034", "3382" und

"Rutenol" in die klinische Erprobung.

Bayer fördert Dr. Mengele

Einer der berühmtesten Mediziner der Nazizeit war der Auschwitz-Arzt Dr. Josef Mengele, dessen Verbindung zu Bayer und seinem Vorgesetzten Wilhelm Mann geradezu ein Paradebeispiel für das damalige Milieu darstellt. Mengeles Mentor und Förderer war der Zwillingforscher Prof. Dr. Otmar Freiherr von Verschuer, nach dem Krieg wieder Vorsitzender der Akademie der Wissenschaft und Literatur in Mainz. Verschuer wie Mengele hatten sich einer neuen Aufgabe gestellt, der experimentellen Genforschung, der "Human-Genetik". Das frühe Interesse des Bayer-Konzerns an dieser Disziplin, das sich in der Person Mengeles auf krude Weise manifestierte, hat sich heute, über 50 Jahre danach, wie es scheint, ausgezahlt. Bayer ist einer der führenden Konzerne weltweit, was die Erforschung und Anwendung dieser umstrittenen Technik anbetrifft. Als einer der ersten Konzerne hat Bayer Medikamente auf den Markt gebracht, etwa die gentechnisch hergestellten Faktor-VIII-Konzentrate gegen die Bluterkrankheit. Unverhohlen wird heute auf jeder Hauptversammlung die große Bedeutung der Gentechnik herausgestellt, deren Weiterentwicklung nach Aussage von Vorstandschef Manfred Schneider unumgänglich ist. Bayer, so scheint es, bläst heute, über 50 Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz, zum Generalangriff auf das Leben: Gentechnisch veränderte Pflanzen, gentechnisch hergestellte Pestizide, Duftstoffe, Nahrungsmittel, Arzneien, usw. Was noch fehlt, ist der gentechnisch veränderte Mensch. Doch Bayer forscht intensiv an invasiven, genmanipulatorischen Behandlungsmethoden.

Zurück zu Dr. Josef Mengele. Der Schrecken von Auschwitz stieß mit 26 Jahren zu Verschuer. ... Mengele ... war für NS-verseuchte Pseudowissenschaftler unentbehrlich, darum ist es nicht verwunderlich, daß der Bayer-WI-Schrittmacher Wilhelm Mann, der im Herbst 1943 auf einer Veranstaltung mehr zufällig auf Verschuer stieß, in Mengele als bald eine außerordentliche Kapazität wittern sollte. ... Nach nur drei Semestern (Finanzwissenschaften und

Volkswirtschaft) protegierte Vater Mann, ein Bayer-Direktor, seinen Sohn Wilhelm als Volontär in die Bayer-Stabsabteilung. Wilhelm Mann, seit 1931 Mitglied der NSDAP, verschaffte sich alsbald Gehör. Seine Ausarbeitung "Aufgaben und Organisation einer pharmazeutischen Abteilung" machte dem besessenen Philatelisten den Weg frei für eine Führungsposition. Die I.G. Farben überschütteten Wilhelm Mann kübelartig mit Verantwortung: Mitglied des I.G.-Arbeitsausschusses, Nutznießer des I.G.-Fachausschusses für Auslandswerbung, Vorsitzender der I.G.-Propaganda-Kommission, Vorstandsmitglied der I.G. Behringwerke. Dies waren die wirtschaftlichen Bestallungen, Manns andere Vorliebe galt der Forschung. Zwangsläufig eroberte er auch hier Funktionen: Wilhelm Mann stand den "Freunden des Hamburger Tropeninstituts" vor, er gehörte zu den "Freunden und Förderern der Universität Köln", der "Deutschen Philosophischen Gesellschaft". Daß der "Führer der Reichsfachschaft Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung", daß das Mitglied des Vorstandes der "Reichsfachschaft der Pharmazeutischen Industrie", daß der Vorsitzende des "Kaufmännischen Ausschusses der Pharmazeutischen Industrie" zum Motor der Bayer Weltaufstieg schien, sodann nur logisch. Auf diesem Posten verfiel Wilhelm Mann der Sucht: Er finanzierte heikle Expeditionen in unbekanntes Medikamenten-Land, und als er Versucher kennengelernt hatte, ermöglichte es ihm sein Amt, in die Rolle eines Sponsors zu schlüpfen. Wilhelm Mann wollte keinen Tennisspieler fördern, sondern er unterstützte einen Dreckskerl: Josef Mengele. Verschuers Günstling hielt mindestens zweimal vor Wilhelm Mann einen Vortrag. Der Zwillings-Fortschritt Mengeles hat Wilhelm Mann nicht zum Erbrechen gebracht, Mengeles Formeln stießen bei dem Bayer-Mann vielmehr auf gefesselte Neugier. Der vielbeschäftigte Bayer-Direktor hatte sich immerhin Zeit für einen Brief genommen, den er - am 19. November 1943 - an den "sehr geehrte(n) Herr(n) Professor" Otmar Freiherr von Verschuer adressierte: "Ich danke Ihnen sehr", so hieß es da, "daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, Ihren Kollegen, Herrn Dr. Mengele, kennenzulernen. Seinen zweiten Vortrag habe

ich als sehr eindrucksvoll empfunden." Dann kam Wilhelm Mann auf das Wesentliche: "Wie ich Ihnen bereits mündlich versichert habe", werde er "bei mir im Hause die Finanzierung besprechen", denn "die Versuchsreihen von Herrn Dr. Mengele sollten, wie ich mit Ihnen übereinstimme, auf jeden Fall forciert werden". Wilhelm Mann unterstrich seinen guten Willen und legte "einen ersten Scheck ... schon einmal bei". In welcher Höhe Bayer Verschuers und Mengeles Zwillings-Werkstatt unterstützt hat, ist nicht mehr zu verifizieren. Bayer war indes noch an anderer Stelle mehr als rüh- rig:

Bayer feilscht um "Versuchsmaterial"

Für jeden KZ-Häftling, der von Bayer über Bayer-Versuchsreihen in den Tod geschickt werden sollte, hatte Bayer der SS eine "Ablöse" zu zahlen. Anfangs verlangte der Himmler-Orden für jeden weiblichen Häftling 200 RM, ließ sich freilich von Bayer um 30 RM herunterhandeln. Nicht immer schien die "Auslese" den Qualitätsansprüchen zu genügen. "Trotz ihres schlechten Zustands", rügte ein Bayer-Schreiber an den Lagerkommandanten von Auschwitz, "können wir sie als geeignet akzeptieren." Und in einem weiteren Brief kündigte Bayer die Ausweitung des Geschäfts an: "Alle Personen sind (an den) Experimenten gestorben" - "in Kürze werden wir uns mit Ihnen zwecks weiterer Lieferungen in Verbindung setzen."

Bücher zum Thema gibt es beim Versand "Chemie. Mensch. Umwelt." Siehe Anzeige auf Seite 10.

Dann ging Wilhelm Mann in Pension. Dort, wo das Risiko, zur Verantwortung gezogen zu werden, am geringsten schien: in der Bundesrepublik Deutschland.

Kontinuität bis heute

Die Vereinigten Staaten interessierten sich brennend für die Ergebnisse der NS-Ärzte. Galt es doch, im beginnenden Kalten Krieg die Führerschaft auf jedem noch so entsetzlichen Gebiet vor der Sowjetunion zu erringen. Kein Wunder also, daß die meisten der pervertierten SS-Wissenschaftler der Anklage vor dem Nürnberger Ärzteprozeß entgangen sind. Die US-Operation "Overcast" (später: "Paperclip") konzentrierte die gefangenen Wissenschaftler im abgeschirmten Lager Kranzberg im Taunus. Koryphäen, die das NS-Regime gefördert hatte, waren zahlreich versammelt: Gerhard Schrader, der Entdecker des Tabun, des Sarin und des Somans. Hermann Ochsner, der Nebeltruppen-Chef und der im Oberkommando für pharmakologisch-toxikologische Sonderfragen verantwortliche Prof. Dr. Wolfgang Wirth, sowie der Prof. Dr. Heinrich Hörlein, in dessen Institut Tabun und Sarin zur Serienreife entwickelt wurde. Sie alle waren direkt oder indirekt an Menschenversuchen beteiligt, weshalb die Amerikaner an deren wichtigen Auswertungen interessiert waren. Selbst bestialische Forscher weckten die Neugier Washingtons.

* Peter-Ferdinand Koch, Menschenversuche, Die tödlichen Experimente deutscher Ärzte, 336 S., viele Abbild., R. Piper-Verlag, München 1996, DM 48,-
** CBG (Hg), Von Anilin bis Zwangsarbeit, 240 Seiten, viele Abbildungen, Schmetterling-Verlag, Stuttgart 1995, DM 24,80

STICHWORT BAYER deckt mit **Fakten, ZAHLEN, INFORMATIONEN** das globale Treiben der Multis am Beispiel des **BAYER-Konzerns** auf und berichtet über den **Widerstand** in aller Welt. **STICHWORT BAYER** wird herausgegeben von der **Coordination gegen BAYER-Gefahren**, einem seit 18 Jahren aktiven internationalen **Selbsthilfe-Netzwerk**. **STICHWORT BAYER** kann **kostenlos ausprobiert** werden. Probabo: **>> 02.11-33 39 11 <<**



Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf

AKTION & KRITIK

BAYER-Busse bevölkerten Bonn

Wer da glaubt, die Beschäftigten der Chemischen Industrie bewegen sich nicht, wurde anlässlich der Großdemonstration gegen die Politik des sozialen Kahlschlags im Sommer dieses Jahres eines Besseren belehrt. Allein aus Leverkusen fuhren ca. 400 Kolleginnen und Kollegen nach Bonn, um vor Ort ihren Unmut zu äußern. Dies war für die BAYER-WerkelInnen die erste große Protestaktion seit ungefähr 25 Jahren, die nach vielfältigen Diskussionen im Betrieb zustande gekommen ist.

Spontane Demonstration

In Wuppertal kam es am 10.10.1996 zu spontanen Arbeitsniederlegungen und zu einer Demonstration von fast 1.000 BAYER-MitarbeiterInnen aus dem Werk Elberfeld. Die KollegInnen hatten die Schnauze voll, als sie hörten, daß auch die BAYER-Bosse die Lohnfortzahlung kürzen werden.

Goldene Urne für BAYER

Anlässlich der internationalen AIDS-Konferenz im kanadischen Vancouver verliehen AktivistInnen von Act Up BAYER und einigen anderen Unternehmen die "Goldene Urne". Die Urne steht für die Asche der vielen Tausend Menschen, die sterben mußten, nur weil die Unternehmen ihre HIV-infizierten (Blut-)Produkte trotz genauen Wissens um die tödlichen Folgen weiter vertrieben hatten.

Weiterhin klagte Act Up an, daß BAYER nun in zynischer Weise den Menschen, die durch die konzern-eigenen „Medikamente“ mit dem tödlichen AIDS-Virus infiziert wurden, Medikamente gegen AIDS verkaufen will. Medikamente, deren therapeutische Anwendung im übrigen mehr kostet, als die Unternehmen je bereit waren, an Entschädigung zu zahlen.

„Umweltfonds investiert in Umweltsünden“

So lautete am 16. September die Schlagzeile im Wirtschafts- teil der größten norwegischen Zeitung *Aftenposten*. Hinter-

grund: Der konzernkritische Verein *Future in our Hands* aus Oslo hatte enthüllt, daß sich hinter dem "Umweltfonds" *Storebrand Environmental Fund* Umweltverschmutzer wie BAYER und Rüstungsproduzenten wie DAIMLER BENZ verbergen. Da Begriffe wie "Öko", "Bio" oder "Umwelt" nicht geschützt sind, kann sich offensichtlich noch der größte Dreck- erzeuger ein grünes Mäntelchen umhängen.

Nachdem in der Vereinszeitschrift *NorWatch* Recherchen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und der KRITISCHEN AKTIONÄRE DAIMLER BENZ veröffentlicht wurden, nahmen sich alle norwegischen Medien des Themas an. Der Fonds geriet in größte Bedrängnis.

EU: Weniger Pestizide in Lebensmitteln

Schwere Schlappe für BAYER und andere Pestizidhersteller: Die EuropaparlamentarierInnen stimmten für eine strenge maximale Obergrenze für Pestizidrückstände von 0,5 Milli- gramm pro Kilogramm pflanzlicher Lebensmittel. Bisher gal- ten für Nahrungsmittel die unterschiedlichsten Grenzwerte, die z. B. bis zu zehntausendfach höhere Belastungen als für Trinkwasser erlaubten. Nach der Entscheidung des EU-Parla- ments sollen künftig der ökologische Landbau, der ohne den Einsatz von Pestiziden auskommt, sowie nicht-chemische Methoden eindeutig Vorrang haben.

Eine Reduzierung der Lebensmittelbelastung mit Pestiziden ist vor allem mit Blick auf den vorbeugenden Gesundheits- schutz schon seit langem überfällig. In den Mitgliedstaaten der EU werden in der Landwirtschaft derzeit etwa 700 verschiedene Pestizidwirkstoffe in einer Gesamtmenge von rund 380.000 Tonnen pro Jahr ausgebracht. Diese belasten die Nahrungsmittel erheblich. So fand die Umweltorganisation WWF im Sommer in einer bundesweiten Stichprobe bei 85 Prozent aller untersuchten Erdbeeren Rückstände von Pesti- ziden; fast zwei Drittel aller Proben waren mit unterschiedli- chen chemischen Wirkstoffen gleichzeitig belastet. Nur die Erdbeeren aus ökologischem Anbau wiesen keinerlei Rück- stände auf.

Es beginnt mit Tierversuchen...

Angewandt geht es um das Wohl der Menschheit. Für unzählige Tiere bringt es Qualen und Tod. Und vom mißbrauchten, gefolterten Tier wird schnell zum Menschenversuch geschritten. Die Geschichte der Medizin ist die Geschichte der Folter von Tieren und Menschen im Dienst der Pharma-Profiten.

...und endet mit Menschenversuchen.

Menschenversuche. Die Menschen- versuche der Nazis wären nicht möglich gewesen ohne die Hilfe gewissenloser Ärzte. Und ohne die Unternützung deutscher Firmen. Erschütternder Bericht, der die "Ethik der Me- dizin" in völlig neuem Licht zeigt. Buch. Leinen viele Fotos, ca. 330 S., nur 48,- DM. Bestell-Nr. 1 036 716

IG FARBEN - Von Anilin bis Zwangsarbeit Die verbrecherische Ge- schichte des Zusammenschlusses von BASF, BAYER und HOECHST. Außerordentlich spannend geschrieben. Mit vielen bisher un- veröffentlichten Fakten über die ungläubliche Fortexistenz der Industriegermanenschaft Far- ben/IG FARBEN bis zum heutigen Tage. Reportagen über die andauernden Aktionen zur Durchsetzung der Schließung dieses "Mordkonzerns". Hg. Coordination gegen BAYER-Gefährd. Buch viele Fotos, ca. 250 S., nur 24,80 DM. Bestell-Nr. 1 369 469

Tierversuche. Tierversuche bedeuten le- galisierte Tierfolter und massenhaften Tiermord. Die Autoren decken Hintergründe, Zusam- menhänge und Folgen auf. Buch, ca. 80 S., nur 10,80 DM. Bestell-Nr. 1 914 173

Die Fälscher der Wissenschaft. Tierversuche dienen zur "wissenschaftlichen" Legitimation der Pharma-Industrie. Mit einer Fülle von Beispielen weist der Autor nach, daß diese "Wissenschaft" nicht haltbar ist. Buch, ca. 120 S., nur 20,- DM. Bestell-Nr. 1 288 533

1000 Ärzte gegen Tierversuche. Nicht nur die breite Öffentlichkeit rebelliert gegen sinnlose Tierversuche, sondern auch große Teile der Ärzteschaft. Hier geballt die Motive und Argumente der Mediziner. Buch, ca. 200 S., nur 28,- DM. Bestell-Nr. 1 280 037

Hiermit wird bestellt. Bitte per Post, Fax oder eMail an:
Chemie.Mensch.Umwelt - Spezialversand
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, Fon 0211 - 21 60 18, Fax 0211 - 22 93 631
eMail Co_gegen_Bayer@Nadeshda.gun.de

Anzahl	Bestell-Nr.	Kurztitel	Einzelpreis	Gesamt
Porto/Verpackung			8,-	DM
Gesamtbetrag				

Bitte der Bestellung einen Scheck beilegen oder Einzugsermächtigung erteilen:
Bank Bankleitzahl
Konto
Absender/in Alter
Fon Fax
Datum/Unterschrift

Bücher/Infos/Broschüren
Chemie.Mensch.Umwelt

Erste Gespräche über irrationale Arzneimittel

Im letzten STICHWORT BAYER berichteten wir über die Aktion "Kinder im Visier der Pharmaindustrie". Die BUKO PHARMA-KAMPAGNE wirft 13 deutschen Arzneimittelherstellern, darunter BAYER, vor, irrationale Arzneimittel in Entwicklungsländern zu verkaufen. STICHWORT BAYER erläuterte in der Vergangenheit mehrfach die Unsinnigkeit und die Gefahren die von „Medikamenten“ wie ASPIRINA PARA NINOS bzw. ASPIRINA INFANTIL und dem sogenannten „Stärkungsmittel“ BAYER'S TONIC ausgehen.

In Reaktion auf diese Kampagne erhielt die BUKO PHARMA-KAMPAGNE nun eine nichtssagende Antwort von BAYER. Weiterhin fand im Mai 1996 ein Gespräch, angeregt von der TERRE DES HOMMES-Ärzte-Initiative, mit VertreterInnen der Firma BAYER statt. Allerdings, erbrachten auch die Gespräche mit BAYER keinen Erfolg. BAYER wird die Vermarktung der umstrittenen Medikamente nicht einstellen.

Erfolgreiche CBG-Aktion gegen skandalöse BAYER-Werbung

Die Kampagne der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) gegen die in Guatemala geschaltete BAYER-Werbung "Der plötzliche Tod ist eine Spezialität aus Deutschland" (siehe SWB 3/96) hat umfangreiche nationale und internationale Reaktionen hervorgerufen. So schreibt die überregionale Zeitung *Presencia* aus Bolivien: "Diese Werbung erinnert nicht nur in makabrer Art und Weise an chemische Kampfstoffe und das Zyklon B aus den Konzentrationslagern, sie verstößt auch gegen den Verhaltenskodex der UNO zum Verkauf von Pestiziden". Und die in London erscheinende *Sunday Times* kommentiert: "Dieser abschreckende Slogan ist keine Anspielung auf den Versuch der Deutschen im 2. Weltkrieg, Europa zu erobern, sondern eine dumme Anzeige des Erfinders von ASPIRIN. Man sollte doch meinen, daß die deutsche chemische Industrie, die Saddam Hussein und Muammar Gaddafi mit chemischen Waffen beliefert hat, solche Prahlerei besser für sich behält".

BAYER hat mittlerweile die Anzeige zurückgezogen und sich entschuldigt. Bezeichnenderweise aber erhielt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die den Fall zusammen mit dem PESTIZID AKTIONEN-NETZWERK mit einem offenen Brief an BAYER an die Öffentlichkeit gebracht hatte, keine Antwort von dem Konzern. BAYER verweigert nach wie vor jeden Kontakt - von kontinuierlichen Überwachungsmaßnahmen durch den Werkschutz abgesehen - zur CBG.

BUND und PAN brechen Dialog ab

1990 begannen BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ (BUND) und PESTIZID AKTIONEN-NETZWERK (PAN) eine „Dialogrunde“ mit dem VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE (VCI) zum Thema Pestizide. „Das Dialogverfahren sollte im Idealfall wie folgt aussehen: Zu einem vereinbarten Problembereich der Chemie (z. B. Schwermetalle oder Pestizide) werden von den Umweltgruppen allgemeine (d.h. nicht konzernspezifische) Fragen schriftlich ausgearbeitet und über den BUND an den VCI geleitet. Dieser beantwortet unter Einschaltung seiner Fachverbände den Fragenkatalog. Die schriftliche Beantwortung der Fragen bietet dann die Grundlage für gemeinsame Gespräche zwischen Industrie und Umweltverbänden, in denen einzelne unterschiedlich bewertete Teilbereiche vertieft werden können und der Austausch von Positionen erfolgen soll.“ Dieser quasi öffentliche Dialog, den der BUND in dieser Form schon einmal 1988 zum Thema Schwermetalle begonnen hatte, ist gescheitert. Der VCI hat insgesamt zweimal auf den Fragenkatalog von BUND und PAN reagiert: 1991 mit einer Einladung zu einem Gespräch, bei dem bemängelt wurde, der Fragenkatalog sei zu umfangreich und 1993 nach der Unfallserie bei HOECHST, als sich die Chemieindustrie offensichtlich in einer Glaubwürdigkeitskrise dünkte. Seither herrschte in Bezug auf den Fragenkatalog prinzipiell Funkstille, weswegen sich BUND und PAN gezwungen sahen, den Dialog öffentlich abubrechen.

Scharfe Kritik an Ausgrenzung

Anläßlich der Vorstellung des Endberichts „Verfahren zur Technikfolgenabschätzung des Anbaus von Kulturpflanzen mit gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz“ (TA zur HR-

Technik) legten die kritischen Umweltgruppen und Institute, die ursprünglich am „Verfahren“ beteiligt waren, eine eigene Stellungnahme vor und übten scharfe Kritik. An dem von Professor van den Daele vom Wissenschaftszentrum Berlin vor über fünf Jahren initiierten Verfahren nahmen außer den genannten Gruppen VertreterInnen aus Wissenschaft, Behörden und der Industrie teil. Trotz der entgegengesetzten Interessen der TeilnehmerInnen wurde anfangs sehr viel Wert auf Zusammenarbeit und gegenseitige Berücksichtigung (Partizipation und Diskursivität) gelegt.

Die beteiligten Umweltgruppen erklären nun eben diese „Partizipation und Diskursivität“ für gescheitert und verurteilen die Ausgrenzung kritischer Positionen. Die letztendliche Aus- und Bewertung der beigebrachten Gutachten, Gegengutachten, Kommentare usw. wurde unter Ausschuß der „Verfahrens-Öffentlichkeit“ und mit unbekanntem Arbeitsmethoden von Prof. van den Daele und Prof. Sukopp, beide Technische Universität Berlin, und ihren z.T. unbekanntem MitarbeiterInnen vorgenommen. Dem Ergebnis der TA nach soll Gentechnik angeblich keine grundsätzlich andersartigen, weitreichenderen Wirkungen und Risiken für die Umwelt, die Menschen und die Evolution haben als die bisher möglichen Gentransferprozesse. Allerdings wird ihr auch kein erhöhter Nutzen z. B. durch den Verbrauch geringerer Mengen von Herbiziden oder weniger schädlicher Wirkstoffe zugeschrieben. Die Technikfolgenabschätzung mit ihrem propagierten Ziel, eine gewisse Demokratisierung der Technikentwicklung zu ermöglichen, ist in diesem Fall (wieder einmal) gescheitert. BAYER reißt sich die Hände. Die beteiligten Gruppen und Institute (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau, BUKO Agrar Koordination, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Öko-Institut Freiburg, Pestizid Aktions-Netzwerk, Saatgut Aktions-Netzwerk, Umweltinstitut München) gucken in die Röhre.

KAPITAL & ARBEIT

Lohndumping im Auftrag von BAYER

Im Juni wurde auf einer Großbaustelle der BAYER-Wohnungsbaugesellschaft in Leverkusen bei einer Razzia des Landesamtes unerhörtes Lohndumping aufgedeckt: Im Auftrag von BAYER baut hier eine Solinger Firma als Generalunternehmerin Häuser. Arbeiter, offensichtlich aus Nicht-EU-Staaten, erhielten gerade mal 10 Mark in der Stunde, üblich sind 25 Mark.

„Bündnis für Arbeit“ bei BAYER Dormagen

Im letzten STICHWORT BAYER berichteten wir über die Aktivitäten der KollegInnen der BAYER FASER GmbH in Dormagen zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Der Betrieb war u. a. wegen der Erhöhung der Rohstoffpreise bzw. wegen Kursverlusten in die roten Zahlen geraten. Im April demonstrierten die Beschäftigten gegen die möglicherweise drohende Schließung des Standortes. Schon zuvor wurde den KollegInnen zum Erhalt des Standortes eine zehnpromzentige Lohnkürzung abgenötigt.

Inzwischen haben Geschäftsleitung der FASER GmbH und Betriebsrat ein „Bündnis für Arbeit“, so nennt es der Betriebsratsvorsitzende Kaspar Dick, geschlossen. BAYER gibt darin eine „Bestandsgarantie“ für drei Jahre ab. Dafür müssen die KollegInnen sich mit der Flexibilisierung der Produktion durch die Einrichtung von „Arbeitszeitkonten“ abfinden. Darüber hinaus müssen sie auf alle übertariflichen Zulagen verzichten. Bei einem Brutto-Gehalt von z. B. 73.000 Mark kann das leicht 15.000 Mark ausmachen. Das zusätzliche Zuckerbrot einer Abfindung in Höhe der übertariflichen Zulagen für zwei Jahre läßt den dicken Brocken kaum schneller in die Speiseröhre wandern - die Zulagen sind erst einmal vom Tisch und sollte der Betrieb nach der Galgenfrist von drei Jahren doch geschlossen werden, stünden die KollegInnen mit einem deutlich niedrigeren Arbeitslosengeld da.

„Freiwillige Leistungen würdigen Leistungen nicht“

So titelte ein Flugblatt des Gesamtbetriebsrates von BAYER im Juli 1996. Angesichts der Rekord-Gewinne von 1995 (STICHWORT BAYER berichtete), die sich in 1996 erneut fortsetzen, sah sich der BAYER-Vorstand genötigt, die Beschäftigten

zumindest optisch an den „Erfolgen“ zu beteiligen. Der Topf für „freiwillige Leistungen“, der verschiedene Einzelposten umfaßt, wurde um 115 Millionen auf 455 Millionen Mark erhöht.

Der Haken an der Sache: Diese übertariflichen Zuwendungen werden relativ willkürlich und kaum überprüfbar verteilt und sind somit kein berechenbares Zusatzeinkommen. So ergeben z. B. die sogenannten „Leistungszahlungen“ trotz des mit 148 Millionen Mark ausgestatteten Topfes pro Monat im Schnitt lediglich 27 Mark mehr auf dem Konto der einzelnen KollegInnen. Sogenannte „individuelle Einmalzahlungen“ erhalten die Beschäftigten nur eventuell und ausschließlich im Falle „besonderen Einsatzes“ z. B. bei einer Betriebsstörung.

Zu den „freiwilligen Leistungen“ gehören auch die Belegschaftsaktien, die BAYER seinen Beschäftigten seit 25 Jahren mit einem Kursabschlag von 10 Mark anbietet. Dieser Etat jedoch ist für 1996 um 40 % gekürzt worden, kommt auch nur TarifmitarbeiterInnen zugute und ist auf den Erwerb von maximal 45 Aktien beschränkt. Derzeit halten 55.400 Beschäftigte einen Anteil von 3,1 % des Grundkapitals in Höhe von 3,5 Milliarden Mark.

Ausbeutung in den USA wächst zweistellig

In allen Gazetten wird im Hinblick auf BAYER Lob gehudelt. Grund: BAYER macht glänzende Umsätze und immer neue Rekordgewinne. So auch in den USA. 1996 wuchsen dort Umsatz und Gewinn zweistellig. Im ersten Halbjahr 1996 betrug der Umsatz dort nahezu acht Milliarden Dollar und der Betriebsgewinn 612 Millionen Dollar. Betrug der Umsatz in den USA pro MitarbeiterIn 1992 noch 260.000 Dollar, so sind es heute 400.000 Dollar. Bis zum Jahr 2000, so hofft Helge H. Wehmeier, Präsident der BAYER CORPORATION, würden die Aktien der BAYER AG auch an der US-Börse gehandelt.

Gewinne mit Goldrand

BAYER-Vorstand Manfred Schneider prognostizierte sich und seinem Konzern für 1996 ein Ergebnisplus von 10 %. Nach der Veröffentlichung des Halbjahresergebnisses 1996 sieht es beinahe so aus, als könnte er Recht behalten. Der Konzern erhöhte seinen Gewinn vor Steuern um 13 % auf 2,7 Milliarden Mark, die BAYER AG gar legte um 16 % zu auf 1,45 Milliarden Gewinn vor Steuern. Dabei stieg der Konzernumsatz „nur“ um sieben Prozent auf 24,8 Milliarden Mark.

Der höhere Umsatz ist auch dem Verkauf der Konsum-Marken DELIAL, NATREEN, QUENTY und SATINA geschuldet. Den Gewinn, der immerhin fast doppelt so hoch anstieg wie der Umsatz, verdanken die AktionärInnen einer gesteigerten Produktivität. Und die wurde vor allem durch Senkung der Kosten, sprich Vernichtung von Arbeitsplätzen und Kürzung von Sozialleistungen, erreicht. In der BAYER AG arbeiten derzeit 1.350 Menschen weniger als noch 1995. In Europa sind laut BAYER-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Mohr in den letzten fünf Jahren bei BAYER 13.000 Arbeitsplätze „verlorengegangen“ (in der Chemie-Industrie von 1991-1995 insgesamt 178.000 Stellen!).

An diesen Zahlen ändern auch die angeblich 1.200 neuen Arbeitsverträge, mit denen BAYER sich im Sommer hervortat, nichts. Es wurden lediglich 300 unbefristete Verträge geschlossen. 660 Verträge betreffen Übernahmen nach der Ausbildung, zumeist in Form von Teilzeitverträgen. 240 Verträge wurden befristet für Langzeitarbeitslose geschlossen, incl. niedriger Einstiegsgehälter und Zuschüsse vom Arbeitsamt. De facto werden per Saldo 1996 insgesamt 1.700 Arbeitsplätze ersatzlos vernichtet, da ändert alle Schönfärberei nichts.

Titandioxid (k)ein Kerngeschäft

Unter der BAYER-Lösung „Die Kerngeschäfte des Konzerns stärken“ werden Abteilungen dichtgemacht und Menschen rausgeworfen. Aktuell überlegt der Vorstand, ob der Bereich Titandioxid auf Dauer profitabel zu betreiben sei oder ob der gesamte Bereich verkauft oder geschlossen werden sollte.

Gruppenarbeit schwächt Belegschaftssolidarität

Im Juli 1996 haben IG CHEMIE und UNTERNEHMERVERBAND CHEMIE eine sogenannte „außertarifliche Sozialpartner-Vereinbarung“ zur Einführung von Gruppenarbeit in der Chemieindustrie getroffen. „Gruppenarbeit liegt vor, wenn mehrere Mitarbeiter gemeinsam eine weitgehend in sich abgeschlos-

sene Aufgabe erfüllen, selbständig die Ausführung der Aufgaben steuern und das Ergebnis im Rahmen von Vorgaben kontrollieren“, heißt es dort unter anderem. Gruppenarbeit kann nur auf Wunsch des Unternehmens eingeführt werden und dient den Unternehmen dazu, Innovationsschübe zu realisieren, die durch klassische tayloristische Rationalisierung des Arbeitsprozesses nicht mehr erzielt werden können. So heißt es denn auch in der Vereinbarung, daß Unternehmerverband und Gewerkschaft davon ausgehen, „daß teilautonome bzw. selbststeuernde Arbeitsgruppen einerseits die Produktivität, Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern und andererseits als Chance zur Mitgestaltung und Humanisierung der Arbeitsumwelt für die Mitarbeiter begriffen werden sollten.“

Betriebsräte stellten jetzt fest, daß in dem Maße, wie Beschäftigte in Gruppenarbeit eingebunden waren, das Interesse an der übergeordneten Betriebsarbeit abnahm. Gruppenarbeit in der Chemieindustrie ist keineswegs neu, nur ist sie jetzt vom „Sozialpartner“ IG CHEMIE abgesegnet. Die Vorteile für die Unternehmen liegen auf der Hand, die der Beschäftigten verlieren sich in Konstrukten wie „Chancen zur Mitgestaltung und Humanisierung ...“.

Chips für Chips

Die Beschäftigten des BAYER-Konzerns brauchen in Zukunft, wenn sie mit Produkten aus Warenautomaten auf dem Betriebsgelände ihre Arbeitskraft wiederherstellen wollen, kein Bargeld mehr. Die Automaten werden auf Chipbezahlung umgestellt. Angeblich weil die Automaten oft durch klemmende, falsche und beschädigte Münzen blockiert gewesen seien. Die Chiplesegeräte sollen auch registrieren, wie häufig Waren gezogen werden. Ein Schelm, wer denkt, damit könnte kontrolliert werden, wie oft und wann und wer seinen Arbeitsplatz verläßt. Zunächst sollen die Beschäftigten des Werksteils Leverkusen-Flittard in den Genuß der bargeldlosen Automaten kommen.

... und das Arbeitsamt zahlt

„BAYER und das Arbeitsamt beschreiten neue Wege aus der Krise auf dem Arbeitsmarkt“, so oder ähnlich titelten die Zeitungen der Region über den eigentlich alltäglichen Vorgang, durch den sich Unternehmen von einem großen Teil der Lohnkosten auf Kosten der „Solidargemeinschaft Arbeitslosenversicherung“ entlasten können: Sie richten Umschulungsplätze ein. Seiner Größe entsprechend richtet BAYER gleich siebzig solche Plätze ein. Für Sozialversicherungsfachleute, Restaurant- und Hotelfachleute, ChemikantInnen, KöchInnen und ab April 1997 auch für Industriekaufleute. Es sollen dies Umschulungsmaßnahmen „mit deutlichem Praxisbezug“ sein.

Hubertus schmolzt

Der DGB hat sein neues Grundsatzprogramm vom alten „Klassenkampfgerümpel“ gesäubert und gedenkt sich so dem Kapital zur „Erhaltung des Standortes Deutschland“ dienstbar zu machen. Um die „Entrümpelung“ zu forcieren und den sogenannten „Dogmatikern“ (zu denen auch DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer gezählt wird) öffentlich den Garaus zu machen, vertraute sich IG CHEMIE Chef Hubertus Schmolzt dem Organ des „Sozialpartners“, dem Handelsblatt, an: „Ich sehe, daß die Dogmatiker im Gewerkschaftslager Zulauf erhalten, die alle unsere Probleme mit dem Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit erklären wollen und das Heil der Gewerkschaften darin sehen, gesellschaftliche Gegenmacht zu sein und zu organisieren.“ Weiterlich beklagt Schmolzt sich weiter bei seinen Sozialpartnern: Die Auseinandersetzung mit den „Dogmatikern“ gäbe es nicht, „würden die Arbeitgeber den reformerischen Kräften im Gewerkschaftslager das Leben nicht so schwer machen.“

Roboter töten ... Freiräume

Roboter in der Produktion schränken den letzten Rest von Selbstbestimmung, der den Beschäftigten verblieben ist, weiter radikal ein. Angeblich sollen Roboter monotone und körperlich schwere Arbeiten übernehmen und die Beschäftigten entlasten. Doch das ist reine Unternehmer-Propaganda. Beispiel WOLFF WALSRÖDE. Diese BAYER-Tochter stellt unter anderem Kunststoff-Verpackungsfolien her. Bei der Verpackung der einzelnen Aufträge stieß das Unternehmen an eine Grenze: Den Menschen. Kaum ein Mitarbeiter konnte

unbeschadet (schon gar nicht in einer Zwölf-Stunden-Schicht am Wochenende) unablässig fünf Kilogramm schwere Rollen auf Paletten stapeln. In der Praxis ließen die MaschinenbedienerInnen ihre Maschine langsamer laufen, um den Palettierer zu entlasten. Damit erhöhten sich für WOLFF WALSRÖDE jedoch die Produktionskosten und die Maschinen waren nicht ausgelastet. Durch die Einstellung eines Roboters mit der entsprechenden Software sind diese Probleme nun gelöst. Angeblich wurde niemand entlassen, sondern den Palettierern wurden leichtere Arbeiten zugewiesen. Allerdings sind nun die MaschinenbedienerInnen unter Druck geraten. Der Roboter verlangt von ihnen Höchstleistungen. Vorbei die Zeit als das menschliche Maß das Produktionstempo bestimmte.

Prominenter Aufsichtsrat

Diese Kandidaturen seien ein Beleg dafür, wie hoch die Bedeutung der BAYER AG für die Gewerkschaftsspitze sei, so NRW-IG CHEMIE Bezirksleiter Werner Bischoff. Gemeint ist die Kandidatur von DGB-Chef Dieter Schulte und IG CHEMIE-Chef Hubertus Schmoltd als „Arbeitnehmervertreter“ auf der Liste der IG CHEMIE für den Aufsichtsrat der BAYER AG 1997.

Tatsächlich belegt die Kandidatur, welche zentralen Einfluß BAYER auf die Gewerkschaften ausübt. Mittlerweile offensichtlich nicht mehr nur auf die IG CHEMIE, sondern auch direkt auf den DGB. Der Verbrüderungskurs zwischen Kapital und Arbeit, der vom letzten IG CHEMIE-Vorsitzenden und BAYER-Aufsichtsrat Hermann Rappe bereits mit allen negativen Konsequenzen für die KollegInnen eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurde, findet seine Fortsetzung und Steigerung.

Weitere KandidatInnen für den männlich dominierten Aufsichtsrat sind Adolf Busbach (BAYER-Leverkusen), Dieter Meinhardt (BAYER-Dormagen), Bernd Reckschwardt (AGFA-Leverkusen) für die gewerblichen ArbeitnehmerInnen. Für die Angestellten bewerben sich: Rolf Nietzard (BAYER-Leverkusen, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender), Hans-Dieter Peppmeier (BAYER-Uerdingen) und Waltraud Schlaefke (WOLFF WALSRÖDE AG).

Vorerst „keinen Aufstand proben“!

Nach der Verabschiedung des „Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung“ im August im Bundestag, kommt es angesichts der von den Unternehmern angedrohten und teils schon praktizierten Kürzung des Lohnes im Krankheitsfall auf 80 % allerorten zu mehr oder weniger spontanen Aktionen der Beschäftigten. Und auch bei BAYER kam es zu gar schrecklichen Drohungen: „Sollte die Unternehmensleitung Ernst machen mit ihrer Ankündigung (der Kürzung der Lohnfortzahlung, d.R.), wird es Sache der Tarifparteien sein, eine Lösung zu finden“ (Rolf Nietzard, Betriebsratsvorsitzender der BAYER AG). und weiter: Man habe tatsächlich im Traume nicht damit gerechnet, daß eine Regierung jemals „die Kühnheit, um nicht zu sagen die Dreistigkeit, haben werde, solch eine Regelung durchzusetzen.“ Und damit ja niemand auf falsche Gedanken komme: Vor Gesprächen mit dem Sozialpartner mache es „absolut keinen Sinn, den Aufstand zu proben.“

AGFA spart - Arbeitsplätze

Nun ist es öffentlich! Dauernd mäkelten die Konzerngewaltigen von BAYER an den Profiten von AGFA herum, das soll jetzt endgültig anders werden. 550 Arbeitsplätze werden gekillt (siehe auch in diesem Heft unter STANDORTE).

Fauler Trick mit Azubi-Stellen

Unzählige Gazetten druckten im Sommer die Meldung: „BAYER bietet 100 zusätzliche Lehrstellen an“. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelte auf das Angebot des Leverkusener Mullis, einer Bitte des Kanzlers entsprechend mehr Azubis einzustellen „Kohls Ruf verhallt nicht ungehört“. Doch die vermeintliche Großherzigkeit war nur ein propagandistischer Trick. Denn bei BAYER gab es 1988 noch 4.484 Auszubildende, 1995 waren es nur noch 2.355!

Mehr ADALAT für Venezuela

In Anwesenheit des venezolanischen Präsidenten Rafael Calderas wurde in Caracas im Sommer eine neue BAYER-Produktionsanlage für ADALAT, CIPROBAY, GLUCOBAY und GYNO-CANESTEN eingeweiht. Die neue Anlage versetzt BAYER in die Lage, die bisher in Fremdproduktion hergestellten Medikamente nicht alleine für Venezuela, sondern auch für Kolumbien, Ecuador und Peru zu produzieren. Bisher setzte BAYER mit 500 MitarbeiterInnen 160 Millionen Mark um. Mit der neuen Anlage wird die Produktion verdoppelt.

Antrittsbesuch bei BAYER-Brunsbüttel

Der schleswig-holsteinische Umweltminister Steenblock (Grüne/Bündnis 90) fand sich im August zu seinem Antrittsbesuch im Brunsbütteler BAYER-Werk ein. Mit den Verantwortlichen von Werksleitung und VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE NORD diskutierte Steenblock über Chlorproduktion, den Chemie-Standort und die Behördenstruktur bei Genehmigungsverfahren. Obwohl keine vollständige Einigkeit hinsichtlich Chlorchemie und PVC-Produktion erzielt wurde, habe man einen sehr konstruktiven und sachlichen Dialog geführt, so Steenblock. Ziel der Landesregierung aus SPD und Grünen sei es, Teile der Chlorchemie zu konvertieren, ohne damit Arbeitsplätze zu gefährden. Eine von Steenblock anvisierte Ökosteuer dürfe die Industrie nicht noch zusätzlich belasten, so der Umweltminister.

Ein Geschenk für die Pharmaindustrie!

Menschen ändern sich! Manche eher langsam, andere wiederum erstaunlich schnell. Zur letzten Gattung gehört Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer. Zu Beginn seiner Amtszeit konnte Seehofer durchaus Konfrontationsbereitschaft mit der Pharmaindustrie bescheinigt werden. Projekte wie z. B. die Festbetragsregelung und das Reimportgebot waren deutlich gegen die maßlose Profit-Mache der Pharma-Konzerne gerichtet. Hintergrund war, daß im europäischen Ausland deutsche Arzneimittel häufig deutlich billiger angeboten werden, so daß es sich lohnt, sie trotz zusätzlicher Kosten für neue Umverpackung und Transport auf dem deutschen Markt anzubieten.

Zunächst weigerte sich der Pharmagroßhandel reimportierte Arzneimittel in sein Programm aufzunehmen. Doch Seehofer setzte sich durch. Durch eine Verfügung des Bundeskartellamtes von 1992 wurden die Großhändler gezwungen, sich dem Gesetz zu beugen und auch die Apotheken könnten den Verkauf reimportierter Arzneimittel nicht mehr verweigern. Ihr Anteil stieg bis Anfang 1996 auf 2 % am gesamten Pharmamarkt an und brachte den Krankenkassen in den letzten acht Jahren Einsparungen von 500 Millionen Mark. Das künftige Einsparpotential wird auf 700 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Nun aber wurde Seehofer auf Linie (der Pharmaindustrie) gebracht. Nach einem Gespräch im November letzten Jahres zwischen Pharmachefs und Seehofer bescheinigte das ehemalige BAYER-Vorstandsmitglied Walter Wenninger, das Gespräch sei außerordentlich nützlich gewesen und Seehofer habe eine Zusage besonderer Bedeutung gegeben.

Welcher Art die Zusage war, wurde durch ein im Mai 1996 verabschiedetes Gesetz deutlich. Danach dürfen sich die Chefs und Eigentümer von Pharmafirmen die Hände reiben. Durch eine Änderung des Fünften Sozialgesetzbuches (SGB V) wurde die Möglichkeit von Arzneimittel-Reimporten ersatzlos gestrichen. Das Reimport-Verbot des gefügigen Bundesgesundheitsministers bewirkt für das Marktsegment der patentgeschützten Arzneimittel, daß nicht nur das genannte Einsparpotential für die Krankenkassen unter den Tisch fällt und von der „Solidargemeinschaft“ der Versicherten aufgebracht werden muß, sondern daß die Pharmafirmen in Zukunft wieder Phantasiepreise für ihre patentgeschützten Arzneimittel verlangen können, denn es gibt ...

... noch ein Geschenk für die Pharmaindustrie

Nach der o.g. Gesetzesänderung sollen auch die Festbetragsgruppen 2 und 3 wegfallen. Das bedeutet im Grunde eine völlige Aushebelung des Prinzips der Festbeträge.

Nach § 35 SGB V (s.o.) können seit 1989 Arzneimittel mit

denselben oder pharmakologisch-therapeutisch vergleichbaren Wirkstoffen zu sogenannten „Festbetragsgruppen“ zusammengefaßt werden. Für diese Arzneimittelgruppe wird ein mittlerer Preis (Festbetrag) ermittelt. Bis zur Höhe dieses Festbetrages erstatten die Krankenkassen die Kosten, liegt der Preis darüber, müssen die Versicherten die Differenz zuzahlen. In der Praxis führt dies zu Preissenkungen. Von den derzeit fast 20.000 Fertig-Arzneimittelpackungen, für die Festbeträge gelten, liegen inzwischen nur noch 6 % über dem erstattungsfähigen Preis.

Festbetragsarzneien machen 56 % des Arzneimittelbudgets der Krankenkassen aus. Die dadurch erzielten Einsparungen werden auf bislang 2 Milliarden Mark geschätzt.

Ausgenommen von dieser Regelung sind bisher nur Arzneimittel mit patentgeschützten Wirkstoffen, deren Wirkungsweise neuartig ist und die eine therapeutische Verbesserung bedeuten. Solange diese Wirkstoffe unter Patentschutz stehen, gilt für sie die Festbetragsregelung nicht. Ebenso läuft für möglicherweise später auf den Markt gebrachte Arzneimittel mit ähnlichen Wirkstoffen, also jene der o. g. Festbetragsgruppen 2 und 3, die Befreiung von der Festbetragsregelung mit dem Patentschutz des erstgenannten Wirkstoffs aus. Wenn nun die Festbetragsgruppen 2 und 3 gestrichen werden, wird die Pharmaindustrie im wesentlichen darauf aus sein, an sogenannten „me too“- bzw. Nachahmer-Präparaten zu basteln, die gegenüber den Erstpräparaten nur eine geringfügige Neuerung aufweisen (im Zweifel ohne jeden therapeutischen Nutzen), um so zum Patentschutz zu kommen.

Diese kleine Gesetzesänderung mit großer Wirkung wird zum einen zur Folge haben, daß für Medikamente mit patentgeschützten Substanzen der am Markt erzielbare höchste Preis zu bezahlen sein wird (sofern es überhaupt noch einen „Markt“ im traditionellen Sinne gibt) und daß die Pharmaforschung sich noch weniger mit der „Erfindung“ sinnvoller neuer Substanzen beschäftigen wird.

Die Einsparungen der Krankenversicherungen durch Einrichtung der Festbetragsstufen 2 und 3 betragen etwa 220 Millionen Mark. Das Absahnpotential ist also enorm: Ein patentfreies Medikament kostet derzeit durchschnittlich 30 DM, ein patentgeschütztes hingegen 100 DM. „Ich kann auch filtrierte Pferdemist patentieren lassen und ihn als Innovation vermarkten. Die Zahl der pharmakologischen Alphabeten in Deutschland ist groß genug, um dieses Mittel dann auch innovativ einzusetzen“, wettete der Pharmakritiker Ulrich Moëbius während der öffentlichen Anhörung vor dem Gesundheitsausschuß.

Zur Strafe: Bio-Food für Heeremann

Constantin Freiherr von Heeremann, seines Zeichens Dauer-Präsident des Deutschen Bauernverbandes und Fossil im BAYER-Aufsichtsrat, beschwerte sich bei LUFTHANSA-Vorstandschef Jürgen Weber darüber, daß die Airline seit Mai in der First und Business Class auf Flügen von Deutschland nach Nordamerika seinen Fluggästen Bio-Food verabreicht und auch noch dafür wirbt. Die LUFTHANSA habe damit „indirekt 98 Prozent der deutschen Landwirte diskriminiert“, die mit BAYER- und sonstigen Giften ihre Produkte herstellen. Wohl bekomm's Herr Heeremann!

Hochhauspoker in Dormagen

Vor den Toren des BAYER-Werks in Dormagen steht ein in den 60er Jahren als „Junggesellenwohnheim“ von BAYER errichtetes achstöckiges Wohnhaus. Dieses Wohnhaus hat BAYER der Stadt Dormagen zur Nutzung für 25 Jahre angeboten, da der Konzern es nicht mehr braucht und sich die Renovierungskosten sparen will.

Die Stadt war über dieses Angebot erfreut, sollte doch mit verhältnismäßig geringem finanziellen Aufwand von einer Million Mark Wohnraum für „kinderreiche Familien, Ausländer und Übersiedler“ geschaffen werden können. NRWs grüner Bauminister Michael Vesper signalisierte Zustimmung.

Die Sache hatte nur einen Haken: BAYER befürchtete Kollisionen mit der im letzten Jahr verabschiedeten „Musterverwaltungsvorschrift zur Ermittlung, Beurteilung und Verminderung von Geräuschmissionen“. Der Konzern forderte von der ebenfalls grünen NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn einen „Lärm-Persilschein“ für dieses Gebiet. Den konnte und

wollte Frau Höhn nicht ausstellen und fand zudem die Argumentation des Dormagener Bürgermeisters Heinz Hilgers (SPD), daß die Wohnungen „für ausländische Mitbürger oder Übersiedler ... gut seien, wie auch immer die lärmschutzrechtliche Lage dort aussehen mag“, zynisch. BAYER hat nun aufgrund der negativen Antwort der Umweltministerin eine werksinterne Abrißgenehmigung beantragt und ihr damit erfolgreich den „Schwarzen Peter“ zugeschoben.

Druck auf kommunales Parlament

„Der BAYER-Konzern müsse seine Pflichten gegenüber dem Gemeinwesen erfüllen“, meinten die Betriebsratsmitglieder der „Durchschaubaren“ in Leverkusen, Nikolaus Roth und Elke Schmidt.

Die Stadt überlegte, dem Beispiel anderer Kommunen in der Umgebung folgend, den Gewerbesteuersatz um 20 Punkte auf 460 Punkte anzuheben. Das rief BAYER-Vorstand Manfred Schneider auf den Plan: Steuererhöhungen würden die Arbeit am Standort Leverkusen belasten und Neuinvestitionen beeinträchtigen ... In Antwerpen habe man noch genug Fläche ... Leverkusen habe geringere Standortqualitäten als z. B. Düsseldorf oder Köln, so die unverhohlenen Drohungen aus der BAYER-Vorstandsetage. Dabei würde die Anhebung der Gewerbesteuer um 10 Punkte den Gewinn vor Steuern um gerade mal ein Neunhundertstel schmälern. Doch BAYER ist halt jedes Tausendstel einfach zu viel.

Eilfertig lenkte Oberbürgermeister Walter Mende ein. Er sicherte zu, neben einer „maßvollen“ Steuererhöhung auch über „Alternativen zur Lösung der Finanzprobleme“ nachdenken zu wollen.

Und noch'n Elbtunnel

Der VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE NORD und allen voran BAYER fordern die Fortführung der Autobahn A20 durch Schleswig-Holstein und eine Untertunnelung der Elbe. Diese Wahnsinnsbaumaßnahme würde „helfen, die 10.000 Arbeitsplätze im Raum Brunsbüttel langfristig zu sichern. ... die Region um Brunsbüttel beflügeln und letztendlich den Warenaustausch zwischen Skandinavien und den Benelux-Ländern beschleunigen.“

BAYER in Ministeriumskommission

Bei Firmenübernahmen kommt es zuweilen zu Kurseinbrüchen bei dem gekauften/dominierten Unternehmen. Wie solche, nur für die Profite der AktionärInnen relevanten Erscheinungen gemildert oder gar verhindert werden können, berät die *Übernahmekommission*, eine Unterkommission der Börsensachverständigenkommission beim BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN.

Die Übernahmekommission setzt sich zusammen aus „14 hochrangigen Kapitalmarktrepräsentanten“ unter Vorsitz - wen wunderl's - von Helmut Loehr aus dem BAYER-Vorstand. Die Kommission beschäftigt sich nicht nur mit der Ausarbeitung von Übernahmeleitlinien, sondern tritt auch bei konkreten Übernahmen (bisher bei 12) auf den Plan. So erarbeitet BAYER nicht nur ministerielle Leitlinien, sondern bekommt ganz nebenbei auch noch Einblick in innerbetriebliche Zusammenhänge anderer Firmen.

IG FARBEN & HEUTE

IG FARBEN will Boden in Berlin

Auch nach dem Wechsel ihres Großaktionärs und der Ablösung der seit den 70er Jahren arbeitenden Liquidatoren ist die IG FARBEN hinter ostdeutschen Grundstücken her. In Berlin soll eine erneute Klage angestrengt werden. Das neue Management ist an Immobiliengeschäften und Zinsenträgen interessiert und strebt angeblich die endgültige Liquidation der Gesellschaft an. Den Aktionären soll eine „angemessene Ausschüttung“ zufließen. Von Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter ist keine Rede. Angeblich plant der neue Eigner Günter Minninger unter dem Namen der IG FARBEN-Tochter Ammoniakwerke Merseburg eine neue Immobilien-

firma aufzubauen.

PROPAGANDA & MEDIEN

Krise = Chance

In seinem Kommunikations-Spezial rät die Zeitschrift Standort Chemie seiner LeserInnenschaft in den „Elf Grundregeln erfolgreicher Krisenkommunikation“ unter anderem: „2. Themen besetzen, ehe es andere tun! Das bedeutet auch, erkannte Problemfelder aus eigener Initiative zu thematisieren. 3. Aktion statt Reaktion! Nur wer aktiv und offensiv (auch über negative Aspekte) informiert, kann die Berichterstattung und die öffentlichen Medien steuern. ... 5. Schnelligkeit ist Trumpf! Die ersten Stunden einer Krise prägen entscheidend die öffentliche Meinung über das Kommunikationsverhalten des Unternehmens. ... 9. Mit einer Stimme sprechen! Einheitlichen Wissensstand aller beteiligten Mitarbeiter sicherstellen und Umfang und Art der zu veröffentlichen Informationen festlegen. ... 11. Krise = Chance! Die offensive Kommunikation von positiven Veränderungen, von aus der Krise Gelerntem hilft beim Aufbau von Image und Vertrauen.“

Glücklich lächelnde Fische

Da besucht eine Schulklasse aus Leverkusen „ihr“ BAYER-Werk, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) ist dabei und was kommt dabei heraus? Eine kostenlose halbseitige Anzeige für BAYER in der FAZ. „Wenn der Fisch tot ist oder wenn er komisch schwimmt, ist das Wasser schlecht, wenn er lebt und gesund ist, ist das Wasser gut.“ In offensichtlichem O-Ton berichten die SchülerInnen der neunten Klasse aus Leverkusen auf der FAZ-Seite „Jugend und Umwelt“ über ihre Besuche der unterschiedlichen Abteilungen bei BAYER. Den Stift hat mit Sicherheit die PR-Abteilung des Konzerns geführt.

„Neues Brot für die Welt“

So der Titel eines Sonderheftes der Zeitschrift *bild der wissenschaft*, die bei der Deutschen Verlagsanstalt erscheint. Wäre das Heft nicht mitten im Sommer erschienen, hätte man glauben können, *bild der wissenschaft* gehe anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes auf Spendenfang für eine bekannte kirchliche Einrichtung. Aber weit gefehlt, *bild der wissenschaft* machte Propaganda für die Pestizid-Industrie. Auf 43 Hochglanzseiten und in hunderttausender Auflage werden die altbekannten Lügen der Pestizid-Industrie ausbreitet, warum Chemie in der Landwirtschaft vor allem im Trikonf unverzichtbar sei.

Wer bisher *bild der wissenschaft* bislang für eine halbwegs seriöse wissenschaftliche Zeitschrift hielt, muß das Bild jetzt korrigieren. Das Sonderheft entstand nämlich wesentlich in der BAYER-PR-Abteilung. Auch wenn das „Interview“ mit dem Chef der BAYER-Forschung Pol Bamelis der einzige Platz im Heft ist, wo wie zufällig einige BAYER-Produktverpackungen zwischen die Textblöcke gestreut sind. Und auch, wenn das Blatt sich um einen sachlichen Eindruck bemüht, indem es z. B. den Artikel der FAO-Beraterin Vandana Shiva aus Indien („Lokal ist besser als global“) veröffentlicht.

So darf BAYER-Mann Pol Bamelis unwidersprochen behaupten: „Im Sinne unserer Produktverantwortung verkaufen wir Pflanzenschutzmittel auch in Entwicklungsländern nur dann, wenn sie in mindestens einem Land mit hohen Anforderungen, zum Beispiel Deutschland oder USA, zugelassen sind. ... Auch alte Substanzen werden ständig nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überprüft. Erfüllen sie die heutigen Anforderungen nicht, werden sie vom Markt genommen.“

AUTAN-PR in allen Medien

Im letzten STICHWORT BAYER berichteten wir vom Verbot von AUTAN in Dänemark und forderten einen Produktionsstopp bis zur endgültigen Klärung der gesundheitlichen Risiken. Wie umstritten AUTAN ist, zeigt die neue PR-Offensive von BAYER. In Dutzenden bis zu zweiseitigen redaktionellen Beiträgen bemüht sich der Konzern, AUTAN reinzuwaschen vom ungesunden Image. Im „Brigitte“-Heft 14/96 heißt es beispielsweise im Artikel „Nachts wenn die Blutsauger kommen“: „Dabei ist Autan absolut hautverträglich, Reaktionen sind sogar noch

seltener als zum Beispiel auf pflegende Kosmetik.“ Dies erklärt ein gewisser Klaus Röder von BAYER.

BAYER ist BAYER ist BAYER

Bis 1994 durfte BAYER seine Produkte in den USA nicht unter eigenem Namen verkaufen, da im Ersten Weltkrieg alle Firmen- und Warenzeichenrechte als Feindvermögen von der Regierung beschlagnahmt und an die Firma STERLING verkauft wurden. Seitdem produzierte STERLING für den amerikanischen Markt BAYER ASPIRIN.

1994 kaufte BAYER über seine US-Tochter MILES das Selbstmedikationsgeschäft von STERLING. Damit kamen auch die Namensrechte zurück zu BAYER.

Nun gingen die Konzernstrategen daran, den US-AmerikanerInnen einzuhämmern, daß BAYER mehr als ASPIRIN bedeutet. Denn: „Was Sie nicht wissen können, ist, daß wir 10.000 weitere Produkte herstellen.“ (oder: „After all these years, we think it's time you called us by our first name: Bayer“). Die „Name-change- und Imagekampagne“ kostete 35 Millionen Mark, war auf drei Jahre angelegt und zielte einerseits auf Wirtschaftspublikationen und GeschäftspartnerInnen sowie andererseits auf BAYER-Standorte in den USA.

Inzwischen liegt eine Meinungsumfrage zum Erfolg der Kampagne vor: 80 % der BAYER-MitarbeiterInnen haben die Umbenennung „geschluckt“. Die Kampagne scheint sich gelohnt zu haben, die LeserInnen haben die „Identity“, die BAYER kommunizieren wollte, internalisiert: „Auf einer Skala von eins (keine Zustimmung) bis zehn (sehr hohe Zustimmung) stufte man BAYER in Fragen des gesellschaftlichen Nutzens, des Umweltbewußtseins und der Forschung jeweils höher als 8.2 ein.“ Erstaunlich daß man Chemie-Konzerne ähnlich wie Schokoriegel „kommunizieren“ kann.

BAYER im Internet

Viele Unternehmen entdecken das Internet als Medium zur Werbung. So hat auch BAYER inzwischen eine Internet-Adresse und hinterläßt seinen Müll auf der Datenautobahn. Ähnlich wie bei der Werbung für sein zweifelhaftes Medikament NIMOTOP (STICHWORT BAYER berichtete) richtet BAYER nun einen Internet-Service für OrthopädInnen ein, mit dem der Konzern Fragen der ÄrztInnen nach Praxisorganisation, Wirtschaftlichkeitsprüfung, Abrechnung, Arbeitsrecht, Regreß usw. meint beantworten zu können.

Olympia und ASPIRIN

Zu den Olympischen Spielen ließ BAYER eine Million(!) ASPIRIN Fallschachteln mit „Mini-Olympia-Planern“ mit den Sendeterminen der Final-Wettkämpfe verteilen. Außerdem verschenkte BAYER Sammelkarten mit Kurzporträts der BAYER-Olympioniken.

Janosch sells BOLFO

Der „Kinderfreund“ Janosch verkauft sich seit Jahren an die Industrie. War es zuerst Henkel, ist es jetzt BAYER: Außer dem mit Janosch-Zeichnungen ausgestatteten BAYER-„Lexikon der Freundschaftspflege“ (SWB berichtete im letzten Heft) gibt es im Kleintierzubehör-Handel außerdem noch ein T-Shirt, eine Frisbee-Scheibe und ein Puzzle mit der beliebten Tigerente und den BOLFO und BAY-O-PET Logos.

„Direkt“ von BAYER!

Die BAYER-Werkszeitung „Direkt“ wird in einer Auflage von 700.000 Stück gedruckt und allein im Umkreis des Firmensitzes Leverkusen (außer Leverkusen noch das rechtsrheinische Köln und in Meltmann) mit 220.000 Exemplaren an die Haushalte verteilt.

DRUGS & PILLS

Todesgefahr durch ASPIRIN

ÄrztInnen warnen vor der Einnahme von ASPIRIN durch Kinder, weil bei diesen aufgrund der Einnahme das u. U. tödlich verlaufende Reye-Syndrom auftreten kann. BAYER hat aufgrund massiven Drucks in England und Deutschland die spe-

ziell für Kinder vermarkteten Pillen (ASPIRIN JUNIOR) zurückgezogen. Doch derartige Standards gelten nicht für Länder der sog. Dritten Welt (SWB berichtete mehrfach). In Guatemala verkauft der Leverkusener Chemiemulti ASPIRINITA BAYER für Babys ab sechs Monate. Auf der Verpackung befindet sich der lächerliche Hinweis: "Die Gabe an Kinder unter 15 Jahren sollte nur unter ärztlicher Kontrolle erfolgen." Bei DOLOFIN INFANTIL, einem Mittel, das außer ASPIRIN noch 5 Milligramm Vitamin C enthält, steht gar auf der Verpackung, daß es u. a. zur Behandlung der Virusgrippe bei Babys ab einem Monat geeignet sei.

Kopfschmerzen durch ASPIRIN

Die EUROPEAN HEADACHE FOUNDATION (EHF) erklärte anlässlich einer Konferenz, daß der Mißbrauch von Schmerzmitteln, vornehmlich ASPIRIN und PARACETAMOL, die europäischen Volkswirtschaften jährlich einige Milliarden Britische Pfund koste und die Gesundheit von Millionen Menschen zerstöre. ForscherInnen der EHF sind überzeugt, daß Schmerzmittel paradoxerweise auch Kopfschmerzen verursachen können, statt sie zu bekämpfen. Timothy Steiner von der EHF erklärte, daß Arbeitsausfall wegen Kopfschmerzen, sowie deren Behandlung in der Europäischen Union pro Jahr mehr als 25 Milliarden Pfund koste. Mehr als ein Drittel der Kosten ist chronischen täglichen Kopfschmerzen geschuldet. Die EHF forderte die EU und die nationalen Regierungen auf, eine Untersuchung zu finanzieren, die das Ausmaß des Problems erforschen soll. Eine Studie die den Zusammenhang zwischen Schmerzmittel-Mißbrauch und chronischen Kopfschmerzen herausfinden soll, würde nur 20.000 Dollar kosten. Das einzige Unternehmen der Pharmaindustrie, das signalisiert hat, sich an den Kosten der Studie zu beteiligen ist das US-Konzern GLAXO WELLCOME. Die restlichen Unternehmen, so auch BAYER, verdienen zwar gut an Kopfschmerzen, zeigen aber kein Interesse, sich an der Finanzierung einer solchen Studie zu beteiligen.

ADALAT fürs Herz

Die FEDERAL DRUG ASSOCIATION (Bundes-Drogen Behörde) der USA warnt vor dem Gebrauch des Kalzium-Antagonisten Nifedipin. Die Substanz wird weltweit gegen Bluthochdruck verabreicht und ist u. a. in dem BAYER Super-Seller ADALAT enthalten.

Die NATIONAL INSTITUTES OF HEALTH (Nationale Gesundheitsinstitute) warnen jetzt vor allem vor der Einnahme von kurzzeitig wirkendem Nifedipin, das schnell den Blutdruck senkt, um ihn ebenso rasant fünf Stunden vor der nächsten Dosis wieder ansteigen zu lassen, was die große Gefahr des Infarktes mit sich bringt. Die FDA fordert von den Herstellern ausführlichere Informationen für ÄrztInnen.

Bereits im letzten Jahr enthüllte eine Studie, daß die Einnahme von ADALAT und anderen Kalziumantagonisten das Herzinfarktrisiko erhöht (SWB berichtete). Die amerikanische Arzneimittelbehörde FDA gab jedoch auf BAYER-Druck hin wieder Entwarnung. Auch ein "international anerkannter Experte für Bluthochdruck" schaltete sich mit einer Briefaktion an US-ÄrztInnen entwarnend ein. Nachforschungen engagierter MedizinerInnen brachten jedoch ans Licht, daß die Mailing-Aktion von BAYER bezahlt war. BAYER versuchte sich aus der Affäre zu ziehen und teilte mit, der Name des Konzerns sei auf dem Brief nur „versehentlich vergessen“ worden.

Offensichtlich als Reaktion auf die anhaltende Kritik an ADALAT ließ BAYER nun verlauten, das Unternehmen werde die „größte Studie ihrer Pharmageschichte“ starten. Über fünf Jahre sollen 6.600 PatientInnen unter der Verabreichung von Nifedipin bzw. Placebos erforscht werden. Für BAYER ist die Reputation seines Medikaments von großer Bedeutung, zumal Generika-Hersteller bereits ein großes Stück vom Kuchen geklaut haben: 1984 noch im Besitz des Patents verdiente BAYER mit ADALAT noch 200 Millionen Mark, nach dem Auslaufen des Patents derzeit „nur noch“ 70 Millionen Mark.

Mit AIDS Geld verdienen

BAYER und HOECHST "entwickeln" gemeinsam ein AIDS-Medikament, das vorläufig „HBY 097“ genannt wurde. Der AIDS-Forscher bei HOECHST, Manfred Rösner, zu den Chancen des frühestens 1999 marktreifen Mittels: „Wir hoffen schon, daß wir im Konzert noch mitspielen können. Wir wollen mit Qua-

lität überzeugen.“ Allerdings wird das neue Mittel für AIDS in armen Staaten kaum Hilfe bringen. Rösner: "Derzeit kosten allein die Virusmittel bei einer Behandlung fünfzehn- bis zwanzigtausend Mark pro Jahr. Wir können nur hoffen, daß sich die Kosten in ein paar Jahren in Grenzen halten lassen."

USA: Geringe Entschädigung für Bluter

In STICHWORT BAYER 3/96 berichteten wir über den langwierigen Prozeß der Entschädigung von AIDS-infizierten Blutern in den USA und dem Angebot der verantwortlichen Pharma-Konzerne, darunter BAYER, in Höhe von insgesamt 900 Millionen oder ca. 150.000 Mark für jeden überlebenden Bluter. Inzwischen hat der zuständige Richter dem völlig unzureichenden Angebot zugestimmt. Bis heute haben 4.500 BluterInnen für den Profit der Konzerne ihr Leben gelassen.

TIERE & VERSUCHE

Neues Tierschutzgesetz nach BAYER-Art

Das Bundeskabinett hat am 16. Oktober 1996 eine Änderung des sog. Tierschutzgesetzes beschlossen, die nur auf den ersten Blick Verbesserungen bringt. Zwar sollen die Quälereien an wehrlosen Kreaturen bei der Entwicklung von Kosmetika nun endlich ganz verboten werden und Wirbeltiere in Zoogeschäften nicht mehr an Menschen unter 16 Jahren verkauft werden dürfen. Doch diese leichten Verschärfungen wurden mit einem Kniefall gegenüber Wissenschaft und Industrie bezahlt. Denn dem neuen Gesetz zufolge sollen Genehmigungen in der Forschung gestrafft werden, was einer Herabsetzung der Schwelle für Tierfolter gleichkommt. Nach Aussagen von Bundeslandwirtschaftsminister Borchert war die Novellierung notwendig, um das deutsche Gesetz, das sich "grundsätzlich bewährt" habe, an EU-Normen anzupassen. Während der Bauernverband, dessen Vorsitzender Freiherr von Heeremann im BAYER-Aufsichtsrat sitzt, die Neufassung rundum begrüßte, gehen TierschützerInnen damit hart ins Gericht. Nach Ansicht des Deutschen Tierschutzverbandes bringt der Entwurf keinerlei Fortschritte. Massentierhaltung und Mißbrauch in der Forschung seien weiterhin erlaubt, kritisierte der Verbandsvorsitzende Wolfgang Apel. Bei Tierversuchen werde das neue Gesetz sogar Verschlechterungen bringen. Denn auf Druck der Wissenschafts- und Industrie-lobby seien Abstriche bei den Kontrollen gemacht worden. Die SPD-Abgeordnete Marianne Klappert bezeichnete die Novelle als "Niederlage für den Tierschutz". Sie spare "alles aus, was zu einem effektiven Tierschutz nötig wäre". Sie kritisierte, daß für die Käfighaltung von Hühnern keine Genehmigung vorgesehen sei und Tierversuche in der "Wehmedizin" (z. B. die Erprobung von Kampfstoffen) weiter zugelassen seien.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert ein gesetzliches Verbot von Tierversuchen und die Entwicklung von Alternativen. In der Pharmaforschung könnten - selbst nach der Logik der Befürworter - unzählige Versuche gespart werden, wenn der Gesetzgeber bei der Genehmigungspraxis für "neue" Medikamente, die mit patentrechtlich abgelaufenen (also bereits erforschten) Substanzen von einer Fülle von Unternehmen auf den Markt gebracht werden, nicht erneut Tierversuche vorschreiben würde.

Puteneier statt Menschen oder Tiere?

BAYER-WissenschaftlerInnen feiern ein neues Testverfahren: Im Putenei, „in-ovo“. BAYER betont, daß es Tierversuche zu ersetzen vermag und läßt dabei geflissentlich unter den Tisch fallen, daß auch Tierembryonen Tiere sind. Rechtlich gelten Versuche mit Puteneiern nicht als Tierversuche, da die Embryonen in diesem Stadium angeblich noch keine Nerven ausgebildet haben und nach dieser Logik auch keine Schmerzen empfinden können.

Zur Zeit werden Puteneier bei BAYER in der Krebsforschung verwendet. Getestet werden soll die mögliche krebsauflösende Wirkung chemischer Substanzen. Die wesentliche Motivation für die BAYER-ForscherInnen dürfte sein, daß Puteneier nur einen Bruchteil der Entwicklungszeit von anderen Tieren oder gar Menschen benötigen und Forschungsergebnisse schneller und billiger zu haben sind. Und, was kostet schon ein Putenei?

PLASTE & ELASTE

Kunststoff fürs Auto

Reinhard Clausius, bei BAYER zuständig für den Bereich Polyurethane, rechnet sich große Zuwächse für den Bereich Kunststoffe für Kraftfahrzeuge am Standort Asien aus. Die Automobil-Produktion habe dort eine Wachstumsrate von 10 % und auch der Kunststoffanteil in den Kraftfahrzeugen wachse. Dies werde durch allseits geforderte Gewichts-erleichterung von KFZ gefördert. Der bisherige Kunststoffanteil von etwa einem Viertel, was einem Produktwert von 1.500 bis 2.000 Mark entspricht, sei auf etwa ein Drittel steigerbar, so Clausius.

1995 setzte BAYER mit Produkten für die Automobilindustrie 4,5 Milliarden Mark um. Das entspricht etwa 10 % des Gesamtumsatzes. Verständlich, daß BAYER bei solchen Umsatzaussichten den Automobilherstellern wie der geeigneten Öffentlichkeit klarzumachen versucht, daß der Weg zum „3-Liter-Auto“ durch die Gifküchen der Chemieindustrie führt. Bestandteile von Polyurethanen sind in der Lage Atemwegserkrankungen und Krebs hervorzurufen.

PESTIZIDE & HAUSHALTSGIFTE

PIC-Verfahren von FAO und UNEP ab 1997 „aufgeweicht“?

Das bisher gültige Verfahren des sog. Prior Informed Consent (PIC) von FAO und UNEP beinhaltet die Zustimmung des Importlandes nach freiwilliger Vorabinformation durch die Produzenten/Exporteure über Stoff- und toxikologische Eigenschaften sowie über den Status der Zulassungen in ausgewählten Hochregistrierungsländern einer Reihe von Pestiziden, die dem PIC unterliegen. Diese bisher unzureichend praktizierte relative Transparenz soll angesichts zunehmender Risiken in der Anwendung von Pestiziden in sog. Dritt-Welt-Ländern in eine bindende Konvention umgewandelt werden. Dies war das Ziel der zweiten Sitzung des International Negotiating Committee (INC) im September 1996 in Nairobi, an dem neben insgesamt 87 Regierungen auch Repräsentanten der Industrie und vier Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NGO) - darunter das PESTIZID AKTIONS-NETZWERK (PAN) teilnahmen. Zu befürchten ist allerdings angesichts der rückschrittlichen Interessen auf dieser Sitzung, daß die angestrebte PIC-Konvention im schlimmsten Fall sogar schwächer als das derzeitige freiwillig Verfahren ausfallen könnte. Da in Nairobi nur etwa die Hälfte der Tagesordnungspunkte bearbeitet werden konnte, soll vor der abschließenden Sitzung im September/Oktober 1997 eine weitere INC-Sitzung eingeschoben werden.

Die NGO-Vertreter kritisierten insbesondere, daß die Anwendung des PIC nicht Pflicht, die Liste der Pestizide, welche dem PIC-Verfahren unterliegt zu kurz und nicht an den tatsächlichen Problemen bei der Pestizidanwendung in den „Dritt-Welt-Ländern“ ausgerichtet ist. Den NGOs sollte bei der künftigen Formulierung der PIC-Konvention ein Mitbestimmungsrecht und nicht - wie bisher - nur eine Beobachterrolle in jener Expertengruppe zugestanden werden, die die Vorauswahl von Chemikalien zur Prüfung einer Aufnahme in das PIC-Verfahren trifft. Nach Ansicht der NGOs sollte jeder Export und nicht wie bisher lediglich der erstmalige Export einer PIC-Chemikalie notifiziert werden. Den Importländern ergibt sich dadurch schließlich die Möglichkeit, häufiger als bisher zu entscheiden, ob sie den Import einer bestimmten Chemikalie verbieten wollen.

Tod durch Pestizide

(PAN) Bei einem Seminar in Curitiba im brasilianischen Bundesstaat Parana, veranstaltet u. a. vom Goethe-Institut und den landwirtschaftlichen Kooperativen in Parana, ging es um die Berge von alten Pestizidkanistern und zahllosen Vergiftungen durch Pestizide. Auch BAYER geriet immer wieder in die Kritik. So wurde z. B. für das Haushalts-Insektizid BAYGON mit dem Spruch geworben: „Jetzt mit angenehmem Geruch“. Der Bundesstaat Parana steht vor einem jährlichen Müllberg von 14.000.000 entleerten Pestizidkanistern, die von den Bauern zu allen möglichen und unmöglichen Gebrauchsge-

genständen umfunktioniert werden. Es besteht keinerlei vernünftige Entsorgung/Verwertung für diese Verpackungen. Bei der Wiederverwendung der entleerten Kanister z. B. im Küchenbereich der Bauernfamilien besteht eine sehr hohe Vergiftungsgefahr.

Der Bundesstaat Parana plant jetzt eine Recyclingfabrik für die Kanister zu bauen. Da bei dieser Art von Giftmüll-Entsorgung die Pestizid-Konzerne wie BAYER und BASF nicht in die Pflicht genommen würden, wurde beim Seminar der Vorschlag gemacht, den Konzernen den Müll vor die Tür zu kippen. Dieser Vorschlag war allerdings nicht konsensfähig. Von den 2.080 im Jahr 1995 im Bundesstaat Parana registrierten Vergiftungsfällen entfielen 39 % (798) auf Agrar-Pestizide und 9 % (192) auf Haushaltspestizide. Bei der Erforschung der Ursachen für die Vergiftung durch Agrarpestizide dominierten die berufsbedingten Gründe mit 52 % (407 Todesfälle). Erschreckend auch die Rate der Selbsttötungen mit Agrarpestiziden mit 29 % (231 Todesfälle), gefolgt von Unfällen mit mit 16 % (126 Todesfälle).

DIURON und doch kein Ende?

Das BAYER-Gift DIURON verursacht langfristige Schäden. Die Arbeitsgemeinschaft der Rhein- und Maas-Wasserwerke hat in ihrem Jahresbericht „Rhein 1994“ erklärt, daß der Rhein „während einer langen ununterbrochenen Periode“ mit Pestiziden über die Grenzwerte hinaus belastet war, darunter das allseits berüchtigte DIURON. Wenn sich die Belastung nicht verringere, kämen auf die Wasserwerke enorm hohe Kosten für Analyse- und Aufbereitungstechnik zu. Die Wasserwerke fordern eine Anwendungsregistrierung der eingesetzten Gifte.

BAYER-Pestizide verboten

Indonesien verbot Mitte des Jahres 28 hochgefährliche Inhaltsstoffe von Pestiziden, darunter u. a. Dichlorphos und Methamidaphos. Beides auch Grundstoffe für BAYER-Pestizide. Schon 1986 verbot ein Erlass des Diktators Suharto die gleichen Inhaltsstoffe für die Behandlung von Reis und verordnete ein landesweites integriertes Pestizid-Management. Der indonesische Landwirtschaftsminister stellte fest, daß indonesische Bäuerinnen und Bauern seit 1986 auf weniger gefährliche Pestizide ausgewichen seien.

BAYER unterhält beste Beziehungen zum indonesischen Follerstaat. Diktator Suharto wurde vor kurzem erst vom Vorstand in Deutschland empfangen.

LINDAN in Indien

Der Verkauf von gefährlichem LINDAN (Gamma-Hexachlorcyclohexan) und ENDOSULFAN als Inhaltsstoff von Pestiziden in Indien ist zwar zurückgegangen, aber mit 18.000 Tonnen alleine für LINDAN nach wie vor enorm hoch. Insgesamt wurden von März 1995 bis März 1996 in Indien 83.400 Tonnen Pestizide verkauft. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr sogar eine Zunahme von fünf Prozent.

Pestizide werden in Indien zu fast 50 % beim Anbau von Baumwolle eingesetzt und zu 20 % für den Reisanbau. Die Großverdiener an Pestiziden in Indien sind u. a. AgrEvo (HOECHST) und BAYER INDIA.

GAUCHO saffelt auf

Im Jahr 1995 machte BAYER mit „Pflanzenschutz“ einen Umsatz von 3,2 Milliarden Mark. Damit steht der Bereich, was die Rendite betrifft, im Konzern an zweiter Stelle hinter der Pharma-Sparte. Bis zum Jahr 2000 sollen Pestizide vier Milliarden einbringen. Alleine das Zugpferd GAUCHO, ein relativ neues Insektizid aus der Monheimer Gifküche, soll dann 700 Millionen einbringen.

BAYER setzt vor allem auf Neuentwicklungen, in die 12 bis 13 % des Umsatzes investiert werden. Die rund 20.000 Substanzen, die derzeit pro Jahr geprüft werden, stammen im wesentlichen von Universitäten und anderen Instituten. Den Weltmarkt der Pestizide von 40 Milliarden Mark dominieren zu 80 % elf Unternehmen, darunter BAYER.

HOLZ & GIFTE

Holzschutzmittelprozeß eingestellt

(faz/swb) Nach mehr als zwölf Jahren endete Anfang November das längste Umweltstrafverfahren in Deutschland

mit einem außergerichtlichen Vergleich. Die Umweltstrafkammer am Landgericht in Frankfurt hat danach den sogenannten Holzschutzmittelprozeß nach § 153a der Strafprozeßordnung (StPO) mit Auflagen für die Beschuldigten eingestellt. Dieser Beschluß ist nicht mehr anfechtbar.

Je 100.000 Mark müssen die angeklagten Manager der Firma DESOWAG (XYLADECOR und XYLAMON), Kurt Steinberg und Fritz Hagedorn, an eine gemeinnützige Umweltstiftung zahlen. DESOWAG und die früheren Anteilseigner BAYER und SOLVAY müssen insgesamt vier Millionen Mark für die Erforschung der Auswirkungen von Wohngiften auf die menschliche Gesundheit zu zahlen. Das Geld geht in eine Stiftungsprofessur an der Universität Gießen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) wertet den Ausgang des Verfahrens als Desaster für die Betroffenen. Der BAYER-Konzern war letztendlich mit seiner Taktik, die ursprüngliche Verurteilung der Manager durch den Bundesgerichtshof wieder aufheben zu lassen, erfolgreich. "Hier zeigt sich überdeutlich, wer die Macht in diesem Lande hat", wertet Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG.

"Der Kompromiß ist kein Freispruch, er ist keine Verurteilung - er ist ein fauler Kompromiß", erklärte die Interessengemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten (IHG) und der Bundesverband Die Verbraucherinitiativen nach dem Vergleich. Mehr sei allerdings unter den gegebenen Umständen nicht zu erreichen gewesen.

Das Urteil des Bundesgerichtshofs, der das erste Urteil gegen Steinberg und Hagedorn aufgrund formeller Fehler aufgehoben hatte, hätte eine vollständige Wiederholung des Verfahrens vor der Umweltstrafkammer in Frankfurt erforderlich gemacht, sagte Nebenklagevertreter Dieter Kublitz. Das erste Gerichtsverfahren habe immerhin ein Jahr gedauert. Der Gesundheitszustand der beiden Angeklagten habe zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß das gesamte Strafverfahren auf andere Weise als durch ein Urteil hätte beendet werden können. Steinberg wurde bereits für verhandlungsunfähig erklärt. Und Hagedorn ist ausgerechnet durch die von ihm vertriebenen Holzschutzmittel ebenfalls schwer erkrankt. Der gleiche Mann hat während der gesamten Prozedurdauer versucht, seinen Opfern alle Ansprüche abprechen zu lassen. Die durch die PCP- und LINDAN-haltigen Holzschutzmittel gesundheitlich schwer geschädigten NebenklägerInnen gehen mit dem Verfahren leer aus. Das wird von den VerbraucherInnenverbänden zwar bedauert, allerdings hätten sich durch den schnellen Einstellungs-kompromiß die Voraussetzungen für die Durchsetzung zivilrechtlicher Schadenersatzansprüche verbessert, sagte Rechtsanwalt Kublitz. Denn bei Fortführung des Strafprozesses hätten die Zivilprozesse um Schadenersatz frühestens im Jahre 2000 beginnen können: "Das ist kein angemessener Zeitraum mehr." Die Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Firma DESOWAG datiert aus dem Jahr 1984. Die Geschädigten müssen nun versuchen, ihre Schadenersatzansprüche individuell bei den Zivilgerichten einzuklagen. Ob die Opfer individuell angelegte lange Prozesse noch durchstehen können, ist mehr als fraglich.

Wie berichtet, hat der BAYER-Konzern seine Anteile an der BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ schon vor Jahren verkauft, um sich auf diese Weise der Haftung zu entziehen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert nach wie vor eine Rückgriffhaftung, die Bestrafung aller Manager bis auf Vorstands- und Aufsichtsrats-Ebene sowie eine umfassende Entschädigung aller Opfer. Die IHG schätzt allein die Sanierungskosten für belastete Häuser auf über 300 Mrd Mark.

Umwelt & Schmutz

AGFA bitte kritisch konsumieren!

Der niederländische ALTERNATIVE KONSUMENTEN BOND veröffentlichte in seiner Zeitschrift Kritisch Consumeren 4/96 eine Beurteilung von neun Konzernen, die im Film- und Foto-Markt aktiv sind, darunter BAYER mit seiner Tochter AGFA. Zur Beurteilung standen neben AGFA, Eastman Kodak, Fuji, Kruidvat, Konica, Hema, Polaroid, Schlecker und Vendex International. Zur Beurteilung stand nicht nur der Bereich Filmherstellung/-vertrieb, sondern der Gesamt-Konzern, d.h. in diesem Fall BAYER. Prüfkriterien waren Offenheit, Fragen des Umwelt-

schutzes, Tiergesundheit (Tierversuche), Gentechnik und Arbeitsbedingungen.

Ergebnis: Kein Konzern schnitt so schlecht ab wie BAYER. Nur im Hinblick auf das Kriterium „Offenheit“ schnitt BAYER einigermaßen gut ab. Bei allen anderen Kriterien erhielt BAYER auf einer Skala von 'sehr gut', 'gut', 'mittel', 'mäßig' und 'schlecht' nur noch 'mäßig' und 'schlecht' ab.

„BAYER ist eine ökologische Niete“

So beurteilte STICHWORT BAYER 2/94 den Konzern aufgrund des Öko-Rankings des HAMBURGER UMWELT INSTITUTS (HUI), das nach fünfjähriger Arbeit eine Beurteilung der weltweit 52 größten Chemiekonzerne vorlegte. BAYER belegte damals Platz 28. Trotz aller halblösen Vorwürfe der Käuflichkeit gegen Michael Braungart, Leiter des HUI, der vor allem von BAYER und anderen Unternehmen erhoben wurde, die schlecht abgeschnitten hatten, legte das HUI 1996 die zweite Öko-Ranking Studie vor, die nun alle zwei Jahre erscheinen soll. Von den weltweit 50 größten Chemie-Konzernen landete JOHNSON & JOHNSON wieder auf Platz 1. BAYER befindet sich in der Gruppe von Unternehmen, die laut HUI „auf dem richtigen Weg sind“ und zwei Plätze vor HOECHST auf Rang 23. Allerdings erreichte BAYER von 500 möglichen Punkten in der Beurteilung lediglich 167,6.

Die Beurteilungskriterien wurden gegenüber 1994 leicht modifiziert. BAYER erreichte bestenfalls Mittelmaß, wie die folgenden Ergebnisse zeigen (in Klammern das Abschneiden von BAYER nach Prozenten. 100% = höchste erreichbare Punktzahl):

1. Gibt es eine definierte Firmenpolitik zum umweltverträglichen Wirtschaften mit klaren Zielen? (40 - 60 %)
2. Wird global nach denselben Standards produziert? (40 - 60 %)
3. Wer ist für den Umweltschutz im Unternehmen verantwortlich? Wie werden die MitarbeiterInnen in Ökoprogramme eingebunden? (20 - 40 %)
4. Wie umweltverträglich sind die Erzeugnisse des Unternehmens? Werden ökologische Aspekte bei Neuentwicklungen berücksichtigt? (20 - 40 %)
5. Was unternimmt die Firma in Richtung ressourcenschonende Produktion? (20 - 40 %)
6. Werden alle Produktinhaltsstoffe deklariert? Wie wird die Öffentlichkeit informiert und einbezogen? (20 - 40 %)
7. Wie geht das Unternehmen mit seinem Müll um? Verfolgt es den Weg von Produkten über das Wertstoff hinaus und nimmt es gebrauchte Produkte zurück? (20 - 40 %)
8. Was wird zur Störfallvermeidung unternommen? (20 - 40 %)
9. Gibt es ein Programm zur Altlastensanierung, und was wird zur Vorbeugung gegen Kontaminierung unternommen? (0 - 20 %)
10. Werden NaturschützerInnen aktiv unterstützt oder stimmt das grüne Image mit der Praxis nicht überein? (0 - 20 %).

UNO gegen Pestizide

In STICHWORT BAYER 2/96 berichteten wir über die Bemühungen der Vereinten Nationen, einen Produktions- und Verwendungsstopp für besonders gefährliche Substanzen durchzusetzen, die Krebs und Unfruchtbarkeit hervorrufen können, darunter Furane und Dioxine. Offensichtlich sollen nun Anfang 1997 formelle Verhandlungen über ein weltweites, rechtlich bindendes Abkommen über ein mögliches Verbot jener gefährlichen Substanzen beginnen.

GIFT & MÜLL

Müll im Internet

Seit BAYER im Internet schürft, stinkt's auf der Datenautobahn verdächtig nach Chemiemüll. Seit dem 1. Juli gibt es im Internet die „Abfall- und Recyclingbörse“ der europäischen Kunststoffindustrie zu bewundern. Wer gerne mal Kunststoffabfälle gewinnbringend nach Albanien oder in ein anderes Entwicklungsland verschieben möchte, wende sich vertrauensvoll an: <http://www.eupc.com>

Platz für Abfall satt

Für die BAYER-Mülldeponie in Rheinfeld ist „Halbzeit“ Vor zwanzig Jahren wurde die „hochmoderne“ Deponie eröffnet

und mußte auf einem Gebiet von 33 Hektar bisher 2,9 Millionen Tonnen Industiemüll verkräften. Die Deponie soll in den kommenden 35 Jahren mit weiteren 2,5 Millionen Tonnen Industiemüll von heute 50 Metern über Normalnull auf dann 76 Meter aufgefüllt werden. Pro Tag sind das 60 LKW. Zur Zeit wird eine Zwischenabdichtung aufgebracht. Und natürlich bestand und besteht angeblich nie irgendeine Gefahr für Mensch und Tier und Umwelt.

Abfall abgeben

Das Land Baden-Württemberg hat in den Bundesrat einen Gesetzentwurf für eine Sondermüllabgabe eingebracht. Er entspricht im wesentlichen dem Abfallabgabengesetz des Landes. Wie das Öko-Institut und andere herausgefunden haben, ist eine Sondermüllabgabe durchaus geeignet, die anfallende Menge Sondermüll zu verringern. Trotz aller Schlupflöcher, wie z. B. der Verwertung von Müll als sogenannter Ersatzbrennstoff kann eine Abgabe, zumal wenn sie als Erzeugerabgabe erhoben wird einen Anreiz schaffen, z. B. durch Umstellung des Produktionsprozesses die Müllmenge von vornherein zu verringern.

STANDORTE & PRODUKTION

Industriepark Belford Roxo

Der BAYER-Konzern plant in Brasilien auf einem Teil seines zwei Millionen Quadratmetern riesigen Firmengeländes einen Industriepark zu errichten. Mit der Bereitstellung von Infrastruktur auf einem fürs erste 150.000 Quadratmeter großen Gelände unweit der wichtigsten Verbindungsstraße des Landes, gedenkt der Konzern Kosten zu senken. Neben der reizvollen Aussicht, BAYER als Vermieter zu haben, winken NeuinvestorInnen Steuererleichterungen und finanzielle Hilfen. Sofern sich Zulieferer oder Weiterverarbeiter bereithalten sollten, sich auf dem Gelände anzusiedeln, wie von BAYER gewünscht, wird sich deren Abhängigkeit vom Global Player BAYER noch erhöhen und noch einmal die Arbeitsbedingungen verschärfen.

Pharma-Technikum 2000

Auf dem Gelände des BAYER-Werks in Wuppertal will der Konzern ein neues Pharma-Technikum für 140 Millionen Mark errichten, das im Jahr 2000 fertiggestellt sein soll. Es soll das in den siebziger Jahren errichtete „alte“ Technikum ersetzen und Platz schaffen für die modernere Erforschung noch nutzloserer Medikamente. Tierversuche inklusive.

Mehr Anilin in Baytown

Damit BAYER für den US-amerikanischen Markt mehr Anilin produzieren kann, wird im texanischen Baytown (!) eine neue Anlage gebaut.

IMPERIUM & WELTMARKT

Der Griff nach der Macht

„Wir wollen das führende integrierte chemisch-pharmazeutische Unternehmen der Welt werden“, so BAYER-Vorstandschef Manfred Schneider bei der Vorstellung der neuen Unternehmensstruktur.

Die 21 Geschäftsbereiche des Konzerns werden künftig in den fünf Arbeitsgebieten Polymere, Chemie, Gesundheit, Landwirtschaft und AGFA zusammengefaßt und durch je ein Vorstandsmitglied im Vorstand vertreten. Zwei neue selbständige Vertriebs-Tochtergesellschaften sollen den Vertrieb der BAYER-Produkte künftig organisieren. Es sind dies die BAYER INDUSTRIE PRODUKTE GmbH & Co. KG für den Bereich Industrie-Produkte und die BAYER VITAL GmbH & Co. KG für die verbraucherInnennahen sogenannten „Life-Science-Geschäftsbereiche“.

Die neue Parole für die Corporate Identity lautet: „Bayer ist forschungsorientiert und setzt bei seinen Kernaktivitäten auf die Technologieführerschaft.“ Schlagworte wie „Straffung“, „Leistungsorientierung“, „Innovationsfreude“ als Vision sind geeignet Leistungsdruck und Ausbeutung für die Belegschaft zu verschärfen.

Joint-venture von BAYER und ROCHE

In Zukunft wollen BAYER und ROCHE/Basel einen Teil ihrer freiverkäuflichen Arzneimittel in den USA gemeinsam vermarkten. ROCHE bringt in das Gemeinschaftsunternehmen, das sich beide zu je 50 % teilen, die Marken ALEVE und FEMSTAT 3 ein. BAYER beteiligt sich mit den Präparaten ACTRON, VANQUISH, MIDOL und MYCELEX-7. Die Super-Seller ASPIRIN, ALKA-SELTZER und die Vitaminpräparate will BAYER weiterhin auf eigene Rechnung verkaufen.

BAYER hofft mit dem Joint-venture den Verkauf seiner Arzneimittel ankurbeln zu können und auf den dritten Platz auf dem US-OTC-Markt (Markt für freiverkäufliche Arzneimittel) vorrücken zu können. Beide Unternehmen erwarten einen Anfangsumsatz von 275 Millionen Dollar.

Mehr Umsatz in Fernost

BAYER will in Nah-, Mittel- und Fernost bis zum Jahr 2000 mindestens 1 Mrd Mark investieren. Den Schwerpunkt dabei bildet Indien. Der Umsatz in der Region soll von derzeit 7,5 Mrd Mark, entsprechend 17 % des Konzernumsatzes, verdoppelt werden. Allein in Indien sollen die Erlöse von derzeit 300 auf mindestens 600 Mio Mark klettern.

100 Jahre BAYER-INDIA

Seit nunmehr 100 Jahren verkauft BAYER in Indien nicht nur Pestizide, sondern die gesamte Produktpalette des Konzerns. 1.900 MitarbeiterInnen erwirtschafteten 1995 einen Gesamtumsatz von 300 Millionen Mark.

Joint-venture mit INDIAN SYNTANS GROUP

BAYER ist mit der INDIAN SYNTANS GROUP ein Joint-venture für Lederchemikalien eingegangen. BAYER investiert 12 Millionen Mark und ist damit mit 70 % an der gemeinsamen BAYER INDIAN SYNTANS Ltd./Madras beteiligt. Indien gilt nach China als das zweitgrößte Absatzgebiet für Lederchemikalien. INDIAN SYNTANS ist eine der führenden Firmen im Bereich Lederchemikalien.

Übernahme von ABS Indien?

Zu einem noch unbekanntem Preis will BAYER INDIA 51 % des Petrochemie-Unternehmens ABS INDUSTRIES Ltd. übernehmen.

Chemiehandel mit tonnenweise Gift

Angeblich spüre der Chemiehandel die Abwanderung vieler produzierender Betriebe, so Vertreter vom VERBAND CHEMIEHANDEL auf einer Pressekonferenz. Offenbar gehört Klagen genauso zum Handwerk wie das Erzielen satter Gewinne - denn gesunken sind die Umsätze des Chemiehandels keineswegs. Der Gesamtumsatz 1995 belief sich auf 14,3 Milliarden Mark. In Mengen ausgedrückt handelten die Händler mit 3,3 Millionen Tonnen Säuren und Laugen, 774.000 Tonnen Lösemittel und 748.000 Tonnen Feststoffen.

Kunststoffe für Asien

Reinhard Clausius, bei BAYER zuständig für den Bereich Polyurethane, kündigte an, BAYER werde eine „sehr große“ Investition im Bereich Polyurethane in Asien tätigen. BAYER rechnet dort mit großen Zuwächsen für den Bereich Kunststoffe für Kraftfahrzeuge aus. Die Automobil-Produktion habe in Asien eine Wachstumsrate von 10 % und auch der Kunststoffanteil in den Kraftfahrzeugen wachse.

Der Global Player in China und Taiwan

Ein Konzern wie BAYER hat keine politischen Skrupel. Er läßt sich dort nieder, wo die Standortbedingungen am profitabelsten sind. Entsprechend führt BAYER sowohl in der Volksrepublik China wie auch in Taiwan Verhandlungen über Standorte für Chemiefabriken. China und Taiwan sind nach Japan und Korea die umsatzstärksten Länder in Fernost.

Laut Dieter Becher, BAYER-Vorstandsmitglied, seien keine politischen Komplikationen zu erwarten, da der Handel zwischen der Volksrepublik und Taiwan recht rege sei. In Taiwan will BAYER eine Fabrik für Polyurethan-Kunststoffe mit einem Investitionsvolumen von 450 Millionen Mark, in der Volksrepublik eine Fabrik für Kunststoffe und Kautschukchemikalien im

Wert von 300 Millionen Mark bauen.

Um aber überhaupt in China bauen zu können, braucht BAYER den Zugang zu einem Ethylen-Cracker, der die Ausgangsstoffe für die BAYER-Produkte liefern würde. Hier gibt es Überlegungen für eine Vereinbarung mit dem chinesischen Staatskonzern SINOPEC oder aber die Nutzung einer von der BASF in Nanking geplanten Anlage. Darüberhinaus gibt es auch Gespräche mit BP, mit der BAYER in Dormagen im gemeinsamen Unternehmen ERDÖLCHEMIE eine solche Anlage betreibt.

HÜLS und BAYER gemeinsam in Asien?

Die HÜLS AG/Marl ist nach eigenen Angaben mit BAYER im Gespräch über Phenolchemie-Zulieferproduktion an neuen Standorten in China.

Große Investitionen in Thailand

BAYER beabsichtigt in Thailand bis zum Jahr 2000 zusätzlich zu den 55 Millionen Dollar, die der Konzern für den Kauf zweier thailändischer Firmen in diesem Jahr aufgewendet hat (SWB berichtete in Nr. 3/96), 500 Mio Dollar zu investieren. Mit seinem Partner, der thailändischen PREMIER GROUP OF COMPANIES, wurde die BAYER PREMIER POLYCARBONAT CO. Ltd. gegründet, an der BAYER 76% hält. 1999 soll die erste Produktionsanlage mit 40.000 Jahrestonnen Polycarbonat in Betrieb gehen. Polycarbonat ist Grundlage für den von BAYER vielgeliebten Kunststoff MAKRALON. Die Produktion von MAKRALON will BAYER mittelfristig auf 500.000 Jahrestonnen ausbauen.

Joint-venture in China für Tierprodukte

Ein weiteres Joint-venture hob BAYER mit der chinesischen SICHUAN PROVINCE GENERAL CORPORATION OF ANIMAL HUSBANDRY, INDUSTRY AND COMMERCE aus der Taufe. An dem Gemeinschaftsunternehmen zur Herstellung und zum Vertrieb von Tierarzneimitteln ist BAYER zu 70% die chinesische Partnerfirma zu 30% beteiligt. Bis zum Jahr 2000 soll mit dann 180 MitarbeiterInnen die gesamte Produktpalette für Nutztiere und Hygiene-Anwendungen vertrieben werden können.

Tierarzneien in den USA

In Shawnee (USA) hat BAYER mit dem Bau einer Anlage zur Herstellung von Tierarzneimitteln begonnen. Für insgesamt 67 Millionen Mark werden alte Anlagen modernisiert und neue gebaut. BAYER hofft, seinen Anteil auf dem US-Markt von derzeit 4% auf 10% zu steigern. Weltweit ist BAYER mit 1,3 Milliarden Mark Umsatzerlösen aus dem Verkauf von Impfstoffen, Tiermedikamenten und Pflegemitteln drittgrößter Anbieter bei veterinärmedizinischen Produkten.

Risiko-Kapital für Gentechnik

BAYER richtet einen „Risikokapital-Fonds“ für den Bereich Bio-/Gentechnologie ein. Mit diesem Fonds, der mit 20 Millionen Mark ausgestattet ist, sollen Unternehmensgründungen im Bereich Bio-/Gentechnologie mitfinanziert werden. Es wird auch überlegt, den jungen ForscherInnen Laborraum bei BAYER zur Verfügung zu stellen.

Der Konzern will sich mit diesem Fonds an der wirtschaftlichen Umsetzung von Ergebnissen aus der deutschen Hochschulforschung beteiligen und auf diese Weise Know-How-Zugriff sichern.

Flour-Geschäft in Deutschland bündeln

BAYER wird sein Flour-Geschäft im Werk Leverkusen bündeln und in den nächsten zwei Jahren zehn Millionen Mark in die Modernisierung der Anlagen investieren. In diesem Zusammenhang hat die BAYER HISPANIA INDUSTRIAL S.A. ihre 50-prozentige Beteiligung an der DERIVADOS DEL FLOUR S.A. an die bisherige Miteigentümerin MINERALES Y PRODUCTOS DERIVADOS S.A. verkauft.

Rüstungsauftrag in den USA

Die BAYER CORPORATION USA hat vom US-Verteidigungsministerium einen Auftrag zur Lieferung von Fotoausrüstungen und -material im Wert von 157 Millionen Mark erhalten.

Eisenoxide in den USA

Die BAYER CORPORATION/USA übernimmt das Eisenoxidgeschäft ihres bisherigen Geschäftspartners LANDERS SEGAL COLOR INCORPORATED, New Jersey. Die Übernahme umfaßt Herstellung, Marketing und Vertrieb synthetischer und natürlicher Eisenoxidprodukte. Über Kaufpreise und Produktionsmengen wurde nicht bekannt.

Weltmarktführerschaft bei Eisenoxid

BAYER hat zusammen mit SHERWIN-WILLIAMS/Cleveland (USA) den brasilianischen Pigment- und Farbenhersteller GLOBO S.A. TINTAS E PIGMENTOS von RECKITT & COLMAN PLC gekauft. Der Gesamtkaufpreis betrug 93,5 Millionen Dollar. Während SHERWIN-WILLIAMS den Farben- und Lackbereich übernimmt, wird BAYER sich den Bereich der Eisenoxid-Produktion mit 15.000 Tonnen/Jahr einverleiben.

Mit seinen Produktionsstätten für Eisenoxid in Deutschland, USA, Brasilien und künftig auch in China avanciert BAYER zum weltweit größten Hersteller des Pigments mit 300.000 Tonnen/Jahr.

Blutplasma aus Italien

Für 55 Millionen Mark erwarb BAYER S.p.A. von der italienischen Firma SCLAVO S.p.A./Siena eine Produktionsanlage zur Fraktionierung von Blutplasma. Damit wird der Bereich der sogenannten Biologischen Produkte, die u. a. auch aus Blut gewonnen werden, ausgebaut. In der Anlage in Siena sollen u. a. Immunglobuline und POLASTIN hergestellt werden.

Gentherapie gegen Bluterkrankheit

Mit der IMMUNE RESPONSE CORPORATION/Carlsbad (USA) hat BAYER einen Kooperationsvertrag abgeschlossen zur Entwicklung einer gentherapeutischen Behandlung von Hämophilie A, der Bluterkrankheit. BAYER leistete eine Einmalzahlung in Höhe von zehn Millionen Dollar für Aktien und Lizenzen. Zusätzlich soll IMMUNE RESPONSE Forschungsgelder in ungeannter Höhe erhalten.

Der Kooperationsvertrag sieht vor, daß BAYER die weltweite klinische Entwicklung, die großtechnische Herstellung und den Vertrieb des Produktes übernimmt. BAYER erhält die weltweiten Exklusivrechte an der von IMMUNE RESPONSE entwickelten Technik zur Übertragung des Faktor VIII-Gens in menschliche Körperzellen.

Europäische Union nicht gegen Latexgeschäft

BAYER hat mit der HÜLS AG ein Gemeinschaftsunternehmen zur Zusammenfassung der Latex-Aktivitäten beider Unternehmen geplant (SWB berichtete). Nun gaben die „Wettbewerbschüter“ der Europäischen Union grünes Licht für den Zusammenschluß der einen Anfangsumsatz von 570 Millionen Mark erzielen soll.

Eine Milliarde Mark für Lateinamerika

Bis zum Jahr 2000 will BAYER in Lateinamerika insgesamt eine Milliarde Mark investieren, davon 190 Millionen alleine in Mexiko. Dort ist u. a. am Standort Lerma eine neue Produktionsanlage für ASPIRIN und andere rezeptfreie Medikamente für 48 Millionen Mark geplant. Es soll dies die drittgrößte Anlage zur Tablettenproduktion weltweit und die größte des Konzerns werden. 70% der Produktion sind für den mexikanischen Markt, 30% für den Export vorgesehen. BAYER setzte im Jahr 1995 in Mexiko 557 Millionen Mark um.

FCKW-Produktion geht zurück

Die FLUß- UND SCHWERSPATWERKE PFORZHEIM GmbH, eine Tochter von BAYER, wird stillgelegt. Die Aufbereitungsanlage von Flußspat und die Grube „Käfersteige“ haben Ende September den Betrieb aufgegeben. Zehn von 40 Beschäftigten sollen noch eine gewisse Zeit mit Demontearbeiten beschäftigt werden. Flußspat ist ein Grundprodukt zur Herstellung von Flourchlorkohlenwasserstoffen (FCKW). Nach dem Herstellungsverbot sank die Nachfrage nach Flußspat rapide, der Weltmarktpreis verfiel.

BAYER und die Sonnenenergie

BAYER wird noch in diesem Jahr unter dem Dach seiner Tochter BAYER-SOLAR eine neue Produktionsanlage für „Water“

in Betrieb nehmen. „Wafer“ sind dünne Siliziumscheiben, die als Grundlage für Solarzellen dienen. BAYER ist im Gespräch mit dem Solarzellenhersteller PILKINGTON, um gemeinsam Herstellern wie SIEMENS SOLAR Konkurrenz zu machen.

Mehr Umsatz in Osteuropa

Der Untergang der sozialistischen Staaten macht sich bezahlt: Der BAYER-Konzern will seinen Umsatz in Osteuropa in den kommenden zwei Jahren von derzeit 570 Mio auf etwa 1,1 Mrd Mark verdoppeln. Dem Standort Polen komme eine Schlüsselrolle zu, heißt es bei BAYER. Hier erzielte der Chemiemulti im vergangenen Jahr mit 143 Mio Mark den höchsten Umsatz in der Region. Der Umsatz soll in den nächsten Jahren auf 250 Mio Mark gesteigert werden. BAYER will sich aktiv für eine Aufnahme des Staates in die Europäische Union einsetzen.

Auch in Tschechien und der Slowakei will der Leverkusener Chemiemulti wachsen. In beiden Staaten soll der Umsatz um 50 % auf insgesamt 170 Mio Mark klettern. 1995 lag der Umsatz bei 110 Mio Mark. In Prag wurde ein neues Vertriebsbüro eröffnet.

Nun doch Ausgliederung der Pharma-Sparte?

Nachdem auf vergangenen Hauptversammlungen Spekulationen über die Ausgliederung der Pharmabranche vom Vorstand dementiert wurden, verdichten sich nun wieder die Anhaltspunkte dafür. Die Ausgliederung der Geschäftsbereiche Pharma, Consumer Care und Diagnostika zu einem eigenen börsennotierten Konzern würde den Anteilseignern traumhafte Gewinne beschern. Die britische ICI hat diesen Schritt bereits vorexerziert.

Nach Aussage von BAYER-Finanzvorstand Helmut Loehr wäre zusammen mit der Ausgliederung eine Fusion mit einem externen Unternehmen möglich, die den neuen Konzern noch mächtiger machen würde. BAYER, so Loehr, müsse bei dieser Verbindung allerdings die Mehrheit und damit das Sagen behalten.

OKONOMIE & PROFIT

Und immer wieder Druck auf AGFA

Weil AGFA mit einer Umsatzrendite von 3 % hinter den Erwartungen der Konzerngewaltigen zurück bleibt, die der Tochter 10 % verordnen wollen, wird schon seit längerer Zeit über einen Verkauf der BAYER-Foto-Tochter nachgedacht. Mangels Interessenten - AGFA scheint für die direkte Konkurrenz zu groß zu sein - wird jetzt eine neue Variante in den Medien lanciert: „Entlassung aus dem Konzernverbund und Emanzipierung an der Börse“, so Manfred Schneider und Helmut Loehr vom BAYER-Vorstand. Vielleicht schafft AGFA ja den Sprung in die noch schwächeren Zahlen aus eigener Kraft, so Loehr. Um allerdings AGFA für die Börse „reif“ zu machen, verpassen sie dem Unternehmen eine neue „schlankere“ Struktur; die 550 Arbeitsplätze kosten soll.

WISSENSCHAFT & FORSCHUNG

Plumpe Honorarprofessor

Der BAYER-Direktor Dr. Gottfried Plumpe wurde zum Honorarprofessor an der Otto-Beisheim-Hochschule (Hochschule für Unternehmensführung) ernannt. Otto Beisheim übrigens, der unter den Nazis eine zwielichtige Rolle gespielt hat, ist Herr von METRO, MASSA, KAUFHOF etc. und hat auch bei Medienmogul Leo Kirch die Hände im Spiel.

Kommentar: Provision, die sich lohnt

BAYER wird nicht müde, zu behaupten, die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN werde von den Kommunisten finanziert. Wurde diese Mär noch nie so recht geglaubt, so avanciert sie jetzt zur Lachnummer. Es wurde nämlich ein Geheimdossier des Bundesnachrichtendienstes aus dem Jahr 1987 (Aktenzeichen 52BY-231 181-04) bekannt, aus dem hervorgeht, daß BAYER seinerseits fleißig die Kommunisten finanzierte: „Die Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) hat in der DDR die Firmen Procommerce-Batimex und -Novum gegründet, um die Beziehungen der kommunistischen Parteien untereinander durch Handelsgeschäfte zusätzlich zu fördern.... Batimex (ist) die Vertreterfirma für die BAYER AG in Leverkusen.“ Für die Vermittlung des DDR-Geschäftes kassierte Batimex drei Prozent des Warenumsatzes, mehrere Millionen Mark pro Jahr. Geld, das die Kommunisten um Schalck-Golodkowski den Leverkusener Konzernherren als Provision abgeklopft hatten. Aber mittlerweile „erstrahlt“ ja das BAYER-Kreuz im ehemals kommunistisch besetzten Bitterfeld in neuem kapitalistischem Glanz. So gesehen hat sich die Provision für BAYER auch nachträglich noch gelohnt. Hubert Ostendorf

Industrierausgaben für Forschung sind rückläufig

Nach Auskunft des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie wurden 1995 in Deutschland insgesamt 81 Milliarden Mark für Forschung ausgegeben. Davon finanzierte die Wirtschaft inzwischen „nur noch“ 60,3 %. 1989 waren es immerhin noch 63,7 %, 1991 noch 61,4 %. Ob die absoluten Ausgaben für Forschung gesunken sind, gab das Ministerium nicht bekannt. Vor allem Großunternehmen verabschieden sich aus der Forschungsfinanzierung in Deutschland. Die entscheidende Frage allerdings ist, was wird geforscht? Und hierbei ist davon auszugehen, daß die Forschung in zunehmendem Maße den Interessen der Industrie folgt.

UNFALLE & KATASTROPHEN

Siedendes Öl verbrennt Arbeiter

Bei der BAYER-Tochter ERDÖLCHEMIE, die in ihrer Cracker-Anlage u. a. Benzin zu dem Kunststoff Polyäthylen aufcrackt, sind im August 1996 bei Wartungsarbeiten zur Vorbereitung einer Revision der Benzin-Destille fünf Arbeiter durch austretendes Öl verbrüht worden. Vier Arbeiter wurden leicht verletzt, einer hingegen lebensgefährlich. Klar war nicht, ob das Öl durch einen Wartungsfehler oder durch ein defektes Ventil austreten konnte. Natürlich erklärte ein Werksprecher, daß zu keiner Zeit irgendeine Gefährdung für die Bevölkerung bestanden habe.

SPORT & MEDAILLEN

Der neue Direktor

BAYER hat einen neuen Mitarbeiter. Sein Gehalt ist nicht bekannt, aber es wird über den Lohn für „geringfügige Beschäftigung“ hinausgehen. Er hat in Hanau, Offenbach, Bremen, Rom, Marseille und in Leverkusen gearbeitet - allerdings nicht ausschließlich für seinen heutigen Arbeitgeber. Er ist 36 Jahre jung, hat schon viel von der Welt und vom Leben gesehen, und hört auf den seltsamen Namen „Tante Käthe“. Gerüchten aus der Konzernspitze zufolge ist er allerdings nicht der Travestie-Star, der feucht-fröhliche Vorstandssitzungen zum Toben bringt. Schließlich ist er bekennender Schnauzträger mit gepflegter Dauerwelle (??). Und er bekleidet einen Direktorenposten. Rudi Völlter, jetzt Sportdirektor bei BAYER 04 Leverkusen.

Sportliches Image

Zwei Milliarden geben bundesdeutsche Konzerne derzeit offiziell für Sport-Sponsoring aus. Mit welchen Beträgen BAYER seine „Leistungsträger“ pusht, ist nicht bekannt. Ebenso wenig die Beträge, die BAYER der Kölner Werbeagentur PUBLIC für eine Sport-Image-Anzeigenkampagne sowie für die Werbung für und mit den 31 (!!!) BAYER (eigenen) Sportvereinen bezahlt (SWB berichtete).

Offensichtlich stammt auch die Internet-Seite www.bayer.com/sport von dieser Agentur. Dort gibt es Infos über die BAYER-eigenen Sportvereine mit ihren 45.000 Mitgliedern, über die BAYER-eigenen OlympionikInnen und über die Möglichkeiten, Fanartikel und Eintrittskarten zu bestellen. Sportwerbung bringt für den BAYER-Konzern meßbare Erfolge: Dreieinhalb Jahre warb u. a. die Fußball-Profi-Mannschaft von BAYER 04 Leverkusen für TALCID. Seitdem hat sich der spontane Bekanntheitsgrad verdoppelt. Nun werben fünf gesponserte Bundesligavereine für ALKA-SELTZER.

“...wie bei einer Tankstelle”

BAYER, die Dhünnaue & das Gesetz

BAYER und Altlasten - das waren bisher zwei Partner, die sich nicht leiden konnten. Die Altlast Dhünnaue als ökologisches Mahnmal der radikalen Chemieproduktion am Standort Leverkusen hat den Konzern viel Schweiß, Geld und sogar einen Werkleiter gekostet. Von Detlef Stoller

Vor sechs Jahren bekannte sich der damalige BAYER-Werkleiter Dietrich Rosahl unfreiwillig in einem Fernsehinterview dazu, daß BAYER die Dhünnaue bewußt großflächig mit Chemiemüll aus der Produktion verseucht hat (SWB berichtete mehrfach). Direkt nach der Ausstrahlung des teuren Outings wurde Rosahl in den Ruhestand versetzt. Ein Mitarbeiter vom BAYER-Umweltschutz-Chef Hulpke, Wulf Crueger wagte im Zuge der Diskussionen um das geplante Bundes-Bodenschutzgesetz ein weiteres Altlasten-Coming-Out: Bei Standorten wie BAYER Leverkusen, an denen seit weit über 100 Jahren produziert wird, ist der Boden versaut. Beim Chemiemulti BAYER sei es zugegangen "wie bei einer Tankstelle, wo es doch jedem schon einmal passiert ist, daß man geschlabbert hat.", so Crueger auf dem Bodenschutzseminar des Umwelttechnologieforum Utech '96 in Berlin. Diese Binsenweisheit galt bisher als gutgehütetes Geheimnis. Denn Unternehmen wie BAYER produzieren angeblich sauber und halten sich an Auflagen und Gesetze. Der krumme Crueger-Vergleich macht daher deutlich, was hinsichtlich der Bodenbelastung bei Industriestandorten noch auf die Allgemeinheit zukommt.

Mit den Statuten des Bodenschutzgesetzes hat BAYER künftig ein Problem: Denn mit dem Gesetzesentwurf vollzieht der Gesetzgeber die Einteilung der Böden in zwei Klassen - belastet und noch nicht belastet (siehe Kasten). "Als politische Vorgabe gilt das Ordnungsrecht", erläutert Bernd Delmhorst aus dem Bundesumweltministerium (BMU): "Daraus folgen jedoch unterschiedliche Handlungsmaximen, nämlich

Gefahrenabwehr und Sanierung bei vorhandenen Lasten sowie Vorsorge gegenüber potentiellen neuen Lasten." Gefahrenabwehr nach Ordnungsrecht bedeutet, nur die absolut notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die betroffenen Schutzgüter - Mensch, Wasser, Luft - vor einer Beeinträchtigung durch eine Altlast zu schützen. Bei der Ableitung von Bodenwerten gilt folglich nicht mehr das Gebot der Vorsorge, sondern "sie kennzeichnen das Belastungsniveau, bei dem die Gefahr beginnt", so Delmhorst. Auch eine Altlastensanierung, die darauf abzielt, den belasteten Boden möglichst vollständig zu reinigen, um alle möglichen Nutzungsoptionen offen zu haben, ist dadurch künftig nicht mehr angesagt. Anders hat sich beim Bodenschutz beispielsweise Holland entschieden. Denn im niederländischen Bodenschutzgesetz ist diese sogenannte Multifunktionalität stets das Sanierungsziel.

Legenlassen als kostenlose Nullvariante der Sanierung

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sah sich durch den Gesetzesentwurf veranlaßt, sich grundsätzlich zu den Bodenbelastungen bei bestehenden Industriestandorten zu bekennen. Denn die Bodenwerte des vorsorgenden Bodenschutzes werden strenger ausfallen, als die Werte für Altlasten. Vorsorglich fordert Wulf Crueger von BAYER für den BDI daher, daß "existierende Bodenbelastungen bei bestehenden Industrie- oder Gewerbestandorten sowohl in der Bewertung als auch in den Sicherungsmaßnahmen Altla-

sten gleichgestellt" werden. Altlasten sind im Gesetzesentwurf streng definiert als Alttablagerungen (stillgelegte Deponien wie die Dhünnaue) und Altstandorte (stillgelegte Betriebe). Keine Frage: BAYER versucht zu sparen. Denn das Gesetz verlangt: "Die Verursacher einer schädlichen Bodenveränderung oder Altlast (...) sind verpflichtet, den Boden und Altlasten (...) so zu sanieren, daß dauerhaft keine Gefahren (...) für den einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen." BAYER muß also, wenn das Gesetz in Kraft ist, ohnehin etwas mit seinen verschifften Betriebsgrundstücken machen. Der Spar-Trick: Altlastensanierungsziele sind billiger als die Ziele des vorsorgenden Bodenschutzes zu erreichen.

Doch BAYER geht noch weiter: Der BDI fordert aus dem kompetentem Mund des BAYER-Manns Crueger auch mehr Freiraum bei den möglichen anstehenden teuren Sanierungsmaßnahmen: "Es muß dabei auch möglich sein, durch Nutzungsänderung eines schwach kontaminierten Bodens ein vernünftiges Sanierungsziel zu erreichen", betont Wulf Crueger. Das zeugt von Pragmatismus: Einfach die geplante Nutzung um eine Stufe herabsetzen und schon kann der Dreck liegenbleiben. Einfaches Liegenlassen der Kontamination als kostenlose Nullvariante der "Sanierung" belasteter Böden nennt man in anderen Branchen Downcycling - beispielsweise wenn Millionen von Yoghurtbechern und Quarkschachteln unter dem Öko-Mäntelchen des grünen Punktes zu Tausenden von Parkbänken verarbeitet werden: Genauso wie eine Parkbank keine Yoghurtbecher mehr er-

setzen kann, nimmt der Wert und die Qualität des Bodens mit jeder Nutzungsabstufung stetig ab.

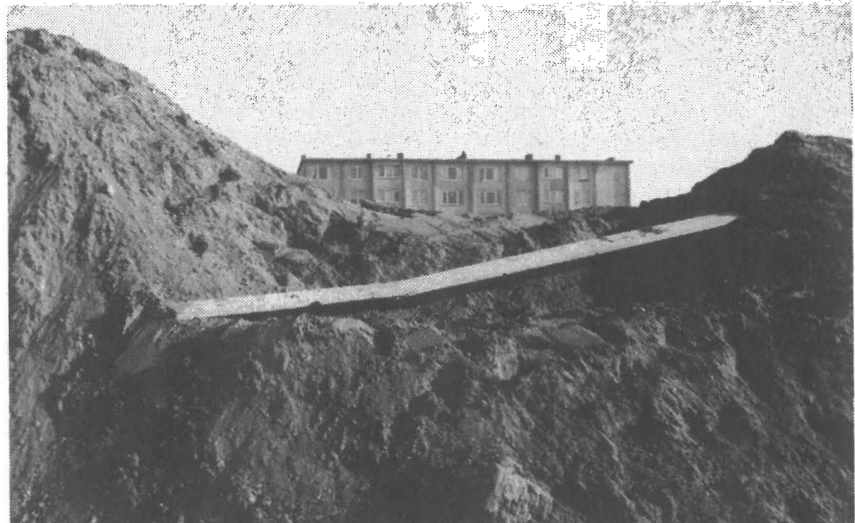
Dieser Denkweise kommt der Gesetzgeber mit dem Referentenentwurf fixierten Nutzungsbezogenheit von Werten und Maßnahmen bei den Altlasten weit entgegen. Bernd Delmhorst vom BMU nennt den Grund: "Würden an die Sanierung solcher Grundstücke Vorsorgemaßstäbe im Sinne einer multifunktionalen Wiedernutzbarkeit angelegt, wäre möglicherweise der örtlichen Umwelt Genüge getan, die Sanierungskosten würden jedoch in ökonomischer Hinsicht derart wachsen, daß die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Ertrag gestellt werden müßte."

Stumpfe Beißen statt scharfer Zähne

Dieser Vorrang von Ökonomie vor Ökologie ist beinahe als roter Faden durch den Gesetzesentwurf durchgezogen, so als hätte BAYER daran mitgeschrieben. Ganz offensichtlich soll mit der Bodenschutz- und Altlastenverordnung ganz pragmatisch ein Status Quo an den überall vorhandenen Grundbelastungen des Bodens mit Schadstoffen hingenommen werden. Denn auch der sogenannte vorsorgende Bodenschutz, der nicht dem Primat der Gefahrenabwehr unterliegt, hat bisher keine scharfen Zähne. Günther Bachmann vom Berliner Umweltbundesamt stellt klar, "daß die Beeinträchtigung der Bodenfunktionen eine gewisse Intensität erreicht haben muß, um als schädliche Bodenveränderung gewertet zu werden." Das Arrangement mit dem gegebenen Giftkontext kariert die hehren Ziele der alten Bodenschutz-Großmutter - der Bodenschutzkonzeption aus dem Jahre 1985: "Der Bodenschutz hat nachdrücklich dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen, zumal aus der extremen Beanspruchung der in der Bundesrepublik Deutschland verfügbaren begrenzten Ressourcen und dem Schadstoffeintrag aus der Verarbeitung importierter Rohstoffe gefolgert werden muß, daß Staat, Wirtschaft und Verbraucher hier künftig konsequenter handeln müssen."

Derartiger verbaler Umweltschutz ist schwer in Mode in der Bananenrepublik Deutschland: Anstatt die Verursacher der Umweltschäden in die Pflicht zu nehmen, räumen die Gesetzesmacher kleinteil Steinen für Steinen des erdachten Bodenschutzwalls aus

dem Wirtschaftsweg. Elf Jahre des Nachdenkens über Bodenschutz hat einzig dazu geführt, daß man in Bonn begriffen hat, was man nicht gegen die Mächtigen der Konzerne durchsetzen kann - echten vorsorgenden Bodenschutz.



Billigsanierung bei BAYER

(swb) Seit 1995 wird mit der zwischen Stadt Leverkusen und BAYER-Konzern als Verursacher ausgehandelten Sanierung der größten bebauten Giftmülldeponie der Welt gewerkelt. Ein entsprechender Auftrag ist an die Bieler-Gemeinschaft HOCHTIEF-STRABAG-SCHWIND vergeben worden, die das fragwürdige Sanierungskonzept zum Preis von 35 Millionen DM durchzuführen will. Eine spätere Kostensteigerung ist jedoch nicht ausgeschlossen, da der Vertrag eine Preisgleitklausel enthält.

Von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ist immer wieder kritisiert worden, daß sich die Stadt Leverkusen mit 25 % an den „Sanierungs“-Kosten beteiligt. Die CBG fordert eine vollständige Übernahme des Etats inklusive aller Folgekosten durch den BAYER-Konzern, der als Hauptverursacher der Giftmülldeponie gilt. Doch nicht nur die Kostenverteilung, auch die Art und Weise der „Sanierung“ gibt Anlaß zur Klage: Statt das belastete Erdreich großzügig auszukoffern und sicher zu deponieren, soll es lediglich durch eine spezielle Beschichtung nach oben hin abgedichtet werden. Durch diese Methode läßt sich nicht ausschließen, daß auch in Zukunft giftige Einträge in das Grundwasser erfolgen werden.

Im Rahmen der „Sanierung“ werden ein Altenheim und eine Schule abgerissen. Die Schule ist in die Schlagzeilen geraten, weil hier in den vergangenen Jahren 15 Personen an Krebs erkrankt und zum Teil gestorben sind. Wie groß die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Giftmülldeponie sind, auf der seit den 50er Jahren über 220 Wohnheiten gebaut wurden, läßt sich vermutlich nie mehr klären. Denn der Nachweis eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen einer schweren Krankheit und den abgelagerten BAYER-Giften ist nur schwer zu führen.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert seit Jahren:

- umfangreiche Sanierung der Dämmmaße
- völlige Auskoffierung des belasteten Erdreichs und sichere Deponierung
- Entschädigung aller Giftmüll-Opfer bei Umkehrung der Beweislast (die Opfer müssen nicht beweisen, daß sie geschädigt wurden, sondern BAYER muß glaubhaft machen, daß sie nicht geschädigt wurden).

Gesetzgeber dreht an der Risikoschraube

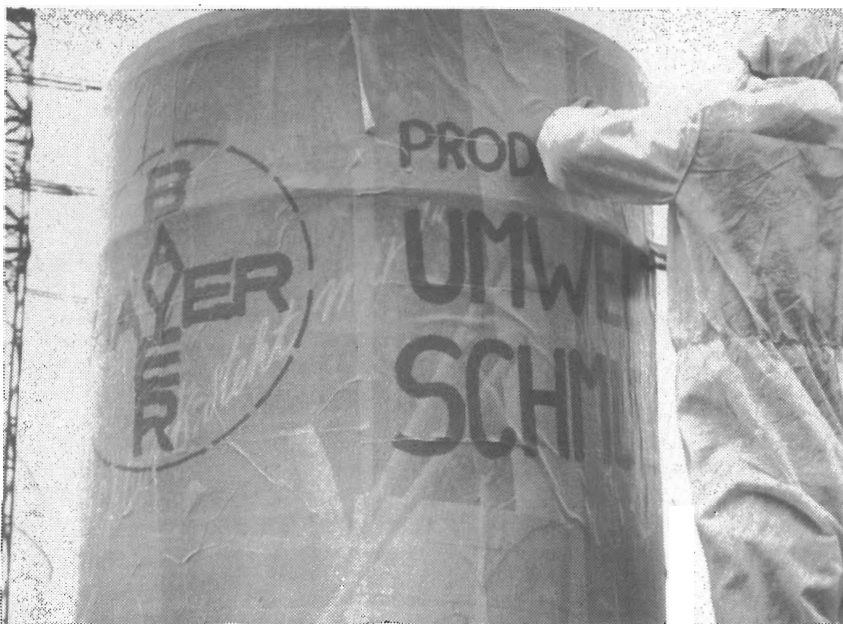
(ds) Das Bundesumweltministerium (BMU) will in Kooperation mit dem Umweltbundesamt (UBA) bei der Bewertung kontaminierter Böden die bisher im Umweltbereich geltende Sicherheitsphilosophie verlassen. Bisher galt als tolerabel, daß durch eine Umweltbelastung statistisch ein zusätzlicher Krebstoter je 100.000 Menschen erzeugt wird. Diese Risikoannahme war bisher die Basis für die Berechnung von stoffbezogenen Aufnahmemengen und Grenzwerten. Damit ist bei Gift im Boden jetzt Schluß: "Für kanzerogene Stoffe wurde das Risiko um den Faktor fünf erhöht", erläutert Wilhelm König, vom nordrhein-westfälischen Umweltministerium die neue Denkweise.

auf aufbauende Gefahrenverknüpfung hervorzuheben", betont Wilhelm König. Herzstück des Konzeptes - die toxikologischen Basisdaten oder TRD-Werte (toxic released data) - beziehen sich auf die innere Belastung mit den jeweiligen Schadstoffen und sind bei Schadstoffen mit Wirkungsschwellen mit entsprechenden Sicherheitsfaktoren ausgestattet. Grundannahme ist, daß bei lebenslanger Aufnahme (Exposition) der jeweils errechneten Dosis, keine gesundheitlichen Folgeschäden zu erwarten sind. Ausnahme bilden die krebserregenden Stoffe: Hier geht man von einem Krebstoten auf 100.000 Menschen bei lebenslanger Exposition aus. Diese TRD-Werte wurden berechnet für die orale und

faktoren reduziert", erläutert König. Allerdings habe man streng darauf geachtet, daß man nicht das sogenannte LOAEL (lowest adverse effect level) erreicht, der Mengenschwelle, ab der schädliche Auswirkungen meßbar sind.

Um nun die im Referentenentwurf des Bundes-Bodenschutzgesetzes geforderten nutzungsbezogenen Prüfwerte ("Werte, bei deren Überschreiten unter Berücksichtigung der Bodennutzung eine einzelfallbezogene Prüfung durchzuführen und festzustellen ist, ob eine schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt") abzuleiten, haben die Toxikologen stoffbezogene Expositionsannahmen zu Bodenaufnahme, Aufenthaltsdauer, Körpergewicht, Staubkonzentration und Arbeitszeit aufgestellt, die an ungünstigen Bedingungen, aber nicht am ungünstigsten Fall (worst case) orientiert sind.

Die Mathematik der Toxikologen führt zu teilweise kuriosen Ergebnissen. Beispiel DDT: Gut 4 Gramm je Kilo Boden errechneten die Experten als Wert für die inhalative Aufnahme durch Erwachsene in Gewerbegebieten. Der Wert liege damit "in einer Größenordnung, die selbst auf hoch kontaminierten Altlastenflächen kaum anzutreffen ist", sinniert Wilhelm König: "Auf einen Prüfwertvorschlag wird daher verzichtet." Beispiel Blei: Hier ergab die Berechnung eine Gefahr für spielende Kinder bei einer Bodenbelastung von 52 mg/Kg. In normalen Wohngebieten liegt aber heute schon etwa das Doppelte des giftigen Schwermetalls im Boden herum. Epidemiologische Studien in Wohngebieten zeigen jedoch, daß erst ab 400 mg/Kg Bodenbelastung ein relevanter Anstieg der Blutbleikonzentration zu verzeichnen ist. Konsequenz: "Dieser Wert wird daher als Prüfwert für Wohngebiete übernommen", verdeutlicht Wilhelm König die bleierne Logik der exakten Wissenschaften.



Protest gegen BAYER-Umweltverschmutzung. Foto: D. Stoller

Hintergrund für diesen Akt des gesellschaftlichen Wertewandels ist der Entwurf eines Bundes-Bodenschutzgesetzes mit seinem in Arbeit befindlichen untergesetzlichen Regelwerk - der Bodenschutz- und Altlastenverordnung. "Als neue Vorgehensweise ist insbesondere der Bezug zu den im Rahmen eines UBA-Vorhabens aufgestellten 'toxikologischen Basisdaten' und eine dar-

für die inhalative Aufnahme und sind, so König "damit eine geeignete Basis für die Ableitung von Vorsorgewerten".

Um an die ordnungsrechtlich geforderte Gefahrenschwelle zu kommen, führten die UBA-Experten den sogenannten Gefahren-Faktor ein. Die Folge: "Mit der Gefahrenverknüpfung werden die Sicherheits-

Belegschaft unter Druck

Rausschmiß für brasilianische Gewerkschfter

(ho) Die "KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" bei BAYER in Leverkusen und die Wuppertaler "Belegschaftsliste" solidarisieren sich seit Jahren schon mit den Beschäftigten in Brasilien. Dort ereignen sich derzeit unglaubliche Vorfälle. BAYER verstößt gegen Tarifverträge und bricht internationales Recht. Nachfolgend veröffentlichen wir eine Presseerklärung von "Durchschaubaren" und "Belegschaftsliste".

Arbeitnehmervertreter aus dem BAYER-Werk in Belford Roxo, in der Nähe von Rio de Janeiro, wendeten sich an ihre deutschen Kollegen in Leverkusen und Wuppertal. Das Unternehmen hatte ohne Beteiligung und unter Protest von Gewerkschaft und Fabrikkommission, eine dem Betriebsrat ähnliche Einrichtung, Fakten geschaffen. Das Schichtsystem wurde trotz gültigen Tarifvertrages geändert. Das bedeutet für die Betroffenen mehr Arbeit (48 statt vorher 33,6 Stunden pro Woche) zu unsozialeren Arbeitszeiten (ein Teil soll nach vorheriger Wechselschicht nun immer nur nachts arbeiten) für weniger Lohn (durch den Wegfall von Schichtzulagen). Damit hebt BAYER DO BRASIL eine günstige Regelung der brasilianischen Verfassung aus, die Vollkonti-Schichtarbeitern eine kürzere Arbeitszeit einräumt.

Darüberhinaus kündigte der Weltkonzern im gleichen Werk zwei Mitarbeitern, die "zufällig" Kandidaten für eine Gewerkschaftswahl waren. Beschäftigt bei Werk- und Arbeitsschutz, flogen sie trotz Kündigungsschutz hinaus. Das verstößt nicht nur gegen brasilianische Gesetzgebung, sondern auch gegen verbrieftes internationales Recht, das gewerkschaftliche Betätigung schützt.

Ein weiterer Punkt, den die Brasilianer beklagen, ist die Fremdvergabe eines Teils der Chromatproduktion, die ebenfalls nach brasilianischem Gesetz nicht

statthaft ist, da sie als Kerngeschäft eines Chemieunternehmens angesehen wird.

Als die Fabrikkommission in Belford Roxo bei der Werksleitung die mangelnde Mitsprache und Beteiligung anmahnte, bekam sie zur Antwort, daß BAYER sie als Erfüllungsgehilfin zur Umsetzung der Unternehmenspolitik betrachte.

"Die Werksleitung hat den Dialog mit uns eingestellt" und "wir stehen unter großem Druck von BAYER ..." schreiben die brasilianischen Arbeitnehmervertreter. "Daher ist unsere einzige Alternative, die Hilfe unserer Kollegen in Deutschland zu erbitten." Auch dafür ziehen die

Kollegen sich den Unmut ihres Arbeitgebers zu.

Einige der angesprochenen Betriebsräte und Gewerkschfter in deutschen BAYER-Werken haben das Anliegen ihrer Kollegen vom anderen Ende der Welt zu ihrer Sache gemacht. Globale Märkte benötigen globale Solidarität, meinen die "Belegschaftsliste" bei BAYER in Wuppertal und die "KollegInnen und Kollegen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit" im Werk Leverkusen. Sie stellten das Unternehmen, das immer wieder versichert, gleiche Standards weltweit einzuhalten, innerbetrieblich zur Rede. Eine Antwort gab es bisher nicht.



Max Hasche zog Ende des 19. Jahrhunderts mit einem Muli durch die Anden und verkaufte BAYER-Chemiefarbstoffe. Seit 1896 ist der Leverkusener Chemiemulti in Brasilien aktiv. 100 Jahre blühende Geschäfte auf Kosten der ArbeitnehmerInnen und der Umwelt.



Millionenerbe Henry Nold:

„Mensch und Umwelt müssen auch beim ‚Soll und Haben‘ die Schwerpunkte sein! Deshalb lasse ich meine Aktienpakete ganzheitlich vertreten vom Dachverband der Kritischen Aktionäre. Bitte übertragen auch Sie ihm die Stimmen Ihrer Aktien – für mehr ökologische und soziale Vernunft in der Wirtschaftswelt!“

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstraße 16, D-50737 Köln, 0221-59956-47, Fax: 5991024, 100451.1401@compuserve.com, http://ourworld.compuserve.com/homepages/Critical_Shareholders

INFO-COUPON:

- Bitte schicken Sie mir gratis Informationen über den Dachverband!
 - Wie kann ich die Stimmen meiner Aktien an den Dachverband übertragen?
- Abseude(r)(in):

100 Jahre in Brasilien: Mehr Profit - weniger Lohn

(ho) Der BAYER-Konzern ist seit 100 Jahren (seit 1896) in Brasilien aktiv. Doch den KollegInnen ist kaum nach Feiern zumute. Die Drangsalierung der Belegschaft ist die Kehrseite einer erfolgreichen Geschäftspolitik, die sich Umsatz- und Gewinnsteigerungen, höhere Umsatzrenditen sowie Investitionen (zur Rationalisierung) auf die Fahnen geschrieben hat. Der Werbespruch "Se é BAYER, é bom" (Wenn es von BAYER ist, dann ist es gut), muß den von verschärfter Ausbeutung und katastrophalen Unfällen in der Vergangenheit (SWB berichtete) betroffenen KollegInnen wie ein Hohn vorkommen. Wie in Deutschland werden mehrere hundert Millionen investiert, während gleichzeitig die Belegschaften und ihre Rechte abgebaut werden.

1995 hat die BAYER-Gruppe in Brasilien mit ca. 4.000 Beschäftigten umgerechnet über 800 Mio US-Dollar umgesetzt. Das Ergebnis nach Steuern betrug 31 Mio Dollar. Dazu beigetragen haben vor allem Pestizide, Kunststoffe und (zum Teil

zweifelhafte) Arzneimittel, aber auch Tochterfirmen wie AGFA (Foto), HAARMANN & REIMER (Geruchs- und Geschmacksstoffe), eine Chromerz-Grube sowie die einzige Titandioxid-Fabrik Südamerikas, die Weißpigment herstellt.

Der brasilianische Geschäftsführer Helge Karsten Reimelt peilt bis zur Jahrhundertwende (mit immer weniger Beschäftigten) einen Umsatz von 1,5 Mrd Dollar und eine Rendite von 10 % an. Bis dahin will der Konzern in Lateinamerika rund 750 Mio Mark investieren, einen Großteil davon in Brasilien.

Das Engagement des Leverkusener Chemieriesens in der Region ist Chefsache. Der BAYER-Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider hatte dazu eigens ein Gespräch mit Brasiliens Staats-Chef Fernando Cardoso! Dabei soll Schneider gefordert haben, daß die konzernfreundliche Politik der Privatisierung fortgesetzt und beschleunigt werden müsse.

Solibrief der CBG Protest an BAYER-Vorstand

Lieber Hélio, liebe KollegInnen bei BAYER, wir haben erfahren, daß Ihr unter großem Druck von BAYER steht und die deutschen Gewerkschaften um Hilfe gebeten habt. Wir sind bestürzt, daß in Belfort Roxo Tarifverträge nicht eingehalten werden und gewerkschaftliche Arbeit seitens der Werksleitung unterbunden werden soll.

Wir wollen Euch in diesen schweren Zeiten unsere Solidarität versichern und Hilfe anbieten. Wir werden versuchen, diesen Fall in Deutschland bekannt zu machen. Dazu werden wir die Medien und auch andere Gruppen ansprechen. ...

Wir bitten alle LeserInnen, gegen den Bruch der Tarifverträge bei BAYER in Brasilien beim Konzernvorstand (Adresse siehe Impressum) zu protestieren. Kopie bitte an die CBG.

Repression statt Lohn

(swb) BAYER ist in Brasilien mit ArbeitnehmerInnen-Rechten noch nie zimperlich umgegangen. "Knast und Rausschmiß", titelte die *Frankfurter Rundschau*, als der Konzern sogar die Militärpolizei zur Niederschlagung eines Streikes einsetzte. Nicht zuletzt dem Engagement der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) ist es zu verdanken, daß seinerzeit kritische Gewerkschafter wieder eingestellt werden mußten.

Es sind noch wenige Exemplare der CBG-Broschüre "Repression statt Lohn" erhältlich, die für DM 15,- incl. Porto bei der CBG zu bestellen ist.

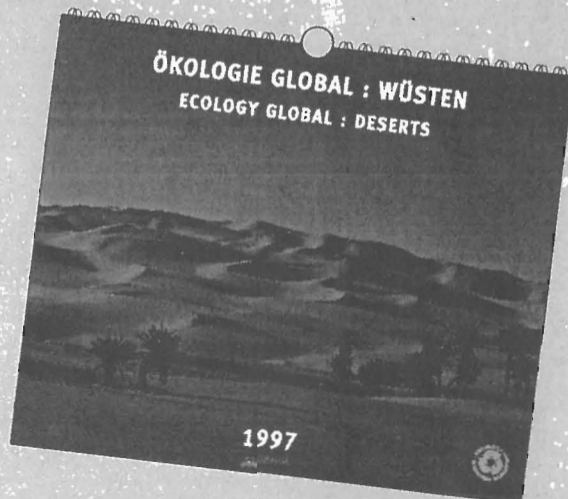
WIR BLEIBEN NICHT AN DER OBERFLÄCHE!

KALENDER GIBT ES VIELE. KALENDER MIT ANSPRUCH NUR WENIGE. UNSERE **ECOLOGICA**®-KALENDER WIDMEN SICH SOZIALEN UND ÖKOLOGISCHEN THEMEN. PARTEILICH. IN WORT UND BILD. GEDRUCKT AUF 100% RECYCLINGPAPIER. GEEIGNET ALS SPANNENDE, ATTRAKTIVE GESCHENKE FÜR FREUNDE UND FAMILIE. MIT UNSEREM **ECOLOGICA**®-KALENDERPROGRAMM BLEIBT (FAST) KEIN WUNSCH OFFEN. VOM ZEITPLAN-SYSTEM BIS ZUM GROSSFORMATIGEN BILDKALENDER. HIER EINE AUSWAHL.

MEHR IN UNSEREM GESAMTPROGRAMM.

Kinder einer Erde

Mit Kinderbildern aus der ganzen Welt. Große Bilder, Platz für Notizen. Ansprechend, kritisch, optimistisch, dekorativ. Ein Geschenk mit Tiefgang. Hochwertig ausgestattet mit 13 Großbildern und 4 Postkarten, Format 43 x 36 cm
ISBN 3-89410-121-0
Bestell-Nr.: 19705
DM 39,80
ÖS 309,- Sfr 39,80



Ökologie Global : Wüsten

Starten Sie zu einer Reise in die Wüste. Schillernde Farbenspiele entführen Sie in eine Welt unbeschreiblicher Schönheit. Ein faszinierender Lebensraum unserer Erde erwartet Sie. 13 Großbilder und 6 Postkarten, Format 57 x 48 cm
ISBN 3-89410-117-2
Bestell-Nr.: 19701
DM 69,80
ÖS 469,- Sfr 69,80

5 von 30
ECOLOGICA®-Kalendern



Bio- und Bauergärten

Die Schönheit eines Bio- oder Bauergartens sollten Sie in Ruhe genießen. Deshalb haben wir in diesem Kalender die hübschesten Motive mit unzähligen guten Tips verbunden. 13 Großbilder, 4 Postkarten, mit Begleittext. Format 43 x 36 cm
ISBN 3-89410-119-9
Bestell-Nr.: 19703
DM 39,80
ÖS 309,- Sfr 39,80



Umweltschutz : Seen

Tauchen Sie ein in die Welt unserer heimischen Seen. Der Kalender zeigt, wie schön, wertvoll und schützenswert diese sensiblen Ökosysteme sind. Format 50 x 42 cm
ISBN 3-89410-118-0
Bestell-Nr.: 19702
DM 48,80
ÖS 379,- Sfr 49,80



Menschen auf der Straße

Der Kalender ist Teil eines sozialen Projekts, dessen Ziel es ist, Hilfe zur Selbsthilfe zu ermöglichen. Mit SW-Photos im aufwendigen, künstlerischen Druck, Engagierte literarische Texte. 13 Großbilder
Format 42 x 30 cm
ISBN 3-89410-140-X
Bestell-Nr.: 19706
DM 29,80
ÖS 229,- Sfr 29,80



ECOLOGICA® ist eingetragenes Warenzeichen der TerraVita Ökologische Produkte und Dienstleistungen GmbH. Wir kooperieren mit Asphalt Eigenverlag, OLV-Verlag, PIP-Pro, Terra des Feinmes, Treibholz und dem Verlag Neuer Weg.

MEINE BESTELLUNG

Bitte per Post oder Fax: 0211 - 22 93 631

Menge	Artikelbezeichnung	Preis
.....	kostenloses Gesamtprogramm mit über 30 Kalendern	---
.....	Ökologie Globla : Wüsten
.....	Umweltschutz : Seen
.....	Bio- und Bauergärten
.....	Kinder einer Erde

Porto/Verpackung + 6,00 DM, Ausland + 30,00 DM

ABSENDER/IN:

TELEFON/FAX: DATUM/UNTERSCHRIFT:

(für evtl. Rückfragen)

ECONORM

Versand für ökologische Kalender und mehr

Postfach 15 02 34, 40079 Düsseldorf, FON: 0211 - 21 60 18

Herbert, benannt nach dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Herbert Grünewald. Da ist sie also, die menschliche Seite des Kapitalismus! Ein kurzer Blick über die Dünnau (dort wo demnächst die Landesgartenschau stattfindet) und das BAYER-eigene Kohlekraftwerk, dann geht's noch schnell durch den Lagerbereich und das war es auch schon. Wirklich eine schöne Tour!

Draußen dann das bittere Erwa- chen: ein paar linke Spinner vertei- len Flugblätter, über Pestizide und Störfallgefahren. Das will man doch wirklich nicht immer hören müssen, diese ewigen Miesmachereien! Heiner Springer, Chef der Abtei- lung Öffentlichkeitsarbeit ist zu- recht verärgert und fuchtelte mit seinem Handy. Aber wir lassen uns den netten Tag nicht verderben und genießen lieber für 2,80 DM die Bratwurst. Vielleicht ist das darin enthaltene Phosphat auch von BAYER, dann würde sich der Kreis doch auf's Schönste schließen!
Philipp Mimkes

Tag des offenen Zeltes

Chemie im Dialüg

21. September, die chemische Industrie hat bundesweit zum Tag der offenen Tür geladen. Man soll sich die Werke mal von innen anse- hen dürfen und mit den Verantwort- lichen ein offenes Gespräch führen können. Das schafft Vertrauen! Nur: die BAYER-Oberen wollen eigent- lich niemanden in ihrem Leverkusener Hauptwerk drin haben. Ist schließlich alles geheim. Und auf Gespräche mit der Öffentlichkeit, womöglich mit Kritikern, ist man **auch nicht so scharf. Was also tun? Am besten ein paar untere Char- gen abkommandieren und die Ver- anstaltung auf öffentliches Gelän- de verlegen. Für den Fall, daß es regnet, kann man dort ja zwei Zelte aufbauen und die Info-Stände hin- stellen, die sowieso seit der letzten Hauptversammlung unnützlich rum- stehen. Außerdem verteilt man ein paar Kisten Luftballons und baut eine Bühne für ein Tanzprogramm auf. Damit müßte dem kritischen Dialog Genüge getan sein, schließ- lich hängt doch alles mit Chemie zusammen, oder?**

Ein paar Unentwegte wollen aber doch in das Werk. Die werden erstmal abgeschreckt und müssen sich in eine lange Schlange einrei- hen. 20 Minuten später - einige Rent- ner können nicht so lange im Ge- dränge stehen und geben auf - er- hält man ein Berechtigungs- kärtchen für eine Werksrundfahrt. Allerdings startet die erst in 2 Stun- den, aber solange kann man sich noch in den offenen Zelten tum- meln und ein paar Plastikbälle und Schirmmützen abstauben.

Werkstore öffnen sich, der Bus setzt sich in Bewegung. Halle um Halle zieht vorüber. Dumm nur, daß man eigentlich nichts sieht, weil die dik- ken Mauern nicht durchsichtig sind. Und aussteigen darf man ja nicht. Dafür erfährt man aber, daß die Halle mit der Chlorelektrolyse allein mehr Strom verbraucht als die ganze Stadt Leverkusen. Toll! Und der Hauptverladekran am Rhein heißt

... für denkende Anleger(innen) ...

Sie wollen Ihr Geld rentabel und ökologisch sinnvoll anlegen?

Der Informationsdienst ÖKO-INVEST liefert Ihnen dazu alle zwei Wochen aktuelle und umfassende Informationen, z.B. über alter- native Banken, aussichtsreiche „grüne“ Aktien oder ökologische Beteiligungsmöglichkeiten in Investmentfonds bzw. nicht börsennotierten Gesellschaften. Damit Sie wissen, welche Unternehmen sauber sind und es auch bleiben.

ÖKO
ANWESSENT MIT VERANTWORTUNG & ERFOLG.
INVEST

Ihr kostenloses Probeexemplar oder Infos zum Jahrbuch „Grünes Geld“ können Sie per Postkarte oder Fax abrufen bei der

ÖKO-INVEST Verlags-GmbH

Schweizertalstr. 8-10/5

A-1130 Wien

Tel. 0043/1/535 18 15

Fax 0043/1/535 46 69